

112 92

Kreisdienststelle Naumburg, 11. 5. 1978
Naumburg
AG II/Zack Hptm.

Abschlussbericht BStU

Ausgehend von der Jahresbeurteilung 1977 mußte bereits eingeschätzt werden, daß auf Grund der Schwermütigkeit und der Einstellung zur konspirativen Zusammenarbeit mit der IMS nicht den Anforderungen eines IMV entspricht. Im Verlaufe der bisherigen Zusammenarbeit mußte festgestellt werden, daß die Berichterstattung unkonkret war und daß der IMS einer regelmäßigen Treff-tätigkeit ausgewichen ist. Diese Verhaltensweisen deuteten auf Unehrlichkeit der Tendenzen der möglichen Konspiration hin.

Auf Grund eingeleiteter Überprüfungsmaßnahmen wurde festgestellt, daß der IMS "Barbara" am 18. 3. 78 gegenüber dem IMV "Heidi Köbel" sowie dessen Ehemann dekonspirierte.

Auf Grund der ausgeprägten Charaktereigenschaften und vorallem der Dekonspiration ist eine inoffizielle Zusammenarbeit nicht mehr möglich. Es wird vorgeschlagen den IMS zu archivieren. Gleichzeitig muß geprüft werden, über welche Möglichkeiten über einen längeren Zeitraum der IMS aus seiner derzeitigen Funktion herausgelöst werden kann.

Zack
Hptm.

3

Dokument 44: BStU, Ast. Halle, Reg.-Nr. VIII/427/77, Bl. 112 (Alte MfS-Zählung)

VII „Vertrauen wagen“ ist gut, Kontrolle ist besser! – Wittenberger Kirchentag im Lutherjahr 1983

Vor der Übernahme in den kirchlichen Vikariatsdienst steht ein erfolgreiches Examen, aber auch dazu muss man erst mal von der Kirchenleitung zugelassen werden. Ich hatte schon Schwierigkeiten, nach dem ganzen Ärger mit der Stasi, überhaupt in Naumburg weiter studieren zu dürfen. Mit meinen Aktivitäten würde ich die Existenz der kirchlichen Hochschule gefährden, hielt mir das halbe Dozentenkollegium vor (Dok. 45, S. 83ff.). Erst als ich versicherte, nichts anderes zu wollen, als mich auf die Abschlussprüfungen vorbereiten, wurde mir die Rückkehr auf die „Insel“ gewährt. Das hinderte mich natürlich nicht, mir von Günter Schau über einen Transitparkplatz das Buch von Rudolf Bahro in die größte aller DDRn schmuggeln zu lassen, schließlich will der angehende Vikar ja wissen, wo die „Alternative“ liegt (ebenda).

So leicht war es mit dem Vikariat dann auch nicht: Es wurde bemerkt, dass ich weiterhin politisch nicht untätig war (Dok. 46, S. 87f.), so dass das MfS beschloss, es *müssen Gespräche mit dem Bischof geführt werden, ob er überhaupt als Vikar in die ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen übernommen werden kann* (Dok. 16, S. 31). Soviel „Ehre“ ...

Ohne es zu ahnen, tat ich nach dem Examen genau das Richtige: Ich stieg aus. Besann mich meiner Wurzeln in der Arbeiterklasse und nahm eine Tätigkeit als Kraftfahrer in der Konsumgenossenschaft Naumburg-Nebra auf. Ich hatte mich schon darauf eingerichtet, alsbald den amtierenden Fuhrparkleiter zu beerben, da machte mir Bischof Krusche den Vorschlag „zur Bewährung“ in ein Sondervikariat zu gehen und die Stelle des Kirchentagssekretärs für das Lutherjahr in Wittenberg zu übernehmen. Ich tat's und stellte fest, dass in der Staatsführung ein Wunder geschehen oder in der Stasi ein Organisationschaos ausgebrochen sein musste. Ich hatte intelligente und konstruktive Gesprächspartner beim Rat des Kreises und Bezirkes und kam daher mit der Kirchentagsplanung gut voran. Die Stasi meine, ich vertrete gegenüber den *Mitarbeitern der staatlichen Organe eine loyale Politik und [wäre] an einem positiven Verhältnis zwischen Staat und Kirche interessiert* (Dok. 47, S. 89f.). So konnte man sich ja noch irren, aber der Gipfel war (was ich Gott sei dank nie erfahren habe) die Einschätzung, ich wäre damit prädestiniert für eine IM-Tätigkeit (ebenda). In welchen Tiefen der MfS-Ordner war die OPK HA XX/4 versunken?

Da die Kirchentagslosung „Vertrauen wagen“ natürlich nicht für die Stasi gelten konnte, installierten die Kollegen von der „operativen Technik“ zuerst einmal

Wanzen in meiner Wohnung (Dok. 48, S. 91f.). Da konnten sie unsere Meinung über den Wehrkundeunterricht und die Lebensverhältnisse in Wandlitz erfahren (ebenda, hier: 2. abgeb. Blatt, S. 92). Die Nagelprobe war aber meine Reise zum Kirchentag in Hannover. Ich war vom Leiter des Sekretariats des Bundes evangelischer Kirchen in der DDR, Manfred Stolpe für eine Teilnahme an der „DDR-Delegation“ (ein Dutzend engagierte Kirchenleute) vorgeschlagen worden (Dok. 49, S. 93) und als ich ihm Bedenken ob meiner Vergangenheit mitteilte, riet er zum Abwarten. Ich durfte fahren: Sieben Tage Ausgang aus dem kollektiven Knast, das war mir hinterher für alle Zeiten klar.

Immerhin habe ich alle meine Bonhoeffer-FreundInnen in Hannover getroffen, Biermann endlich live gehört und mich mit einem von mir hoch geachteten Menschen für Wittenberg verabredet, von dem ich nicht dachte, dass er überhaupt ein Wort mit mir unbedeutenden Ostbürger spricht. Aber so ist der Kirchentag. Zurückgekehrt war ich voller Zuversicht, dass man auch hier was bewegen könne. Ich wusste, dass ich Spitzenleute für unser Wittenberger Projekt gewonnen hatte. Wusste, dass auch organisatorisch alles bestens vorbereitet war (Dok. 50, S. 94f.) und konspirativ ebenfalls (vgl. Kap. VIII).

Den Kirchentag durfte ich am Donnerstag, den 22. September, in der Stadtkirche selbst eröffnen. Die Resonanz auch am Freitag und Sonnabend war großartig und am Sonntag war es dann soweit: Auf dem Wittenberger Marktplatz versammelten sich bei schönstem Sonnenschein 10 000 Menschen. Alle hatten es für völlig unwahrscheinlich gehalten, aber gleich zu Beginn trat mein persönlicher Hauptredner (siehe Foto S. 96) ans Mikrofon und verkündete zur Eröffnung der Hauptveranstaltung eines mitteldeutschen Provinzkirchentages: *Wir sind hüben wie drüben Deutsche, wenn auch in zwei Staaten. Uns verbindet mehr als Sprache, Kultur und die Hoffnung für unsere Gesellschaft. ... Wir atmen die gleiche Luft, sie macht nicht an Grenzen halt. Sie reinzuhalten ist unser gemeinsames Interesse ...* (Dok. 51, S. 97f.). Der inzwischen designierte Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprach es und jeder verstand, was damit gemeint war. Den anwesenden offiziellen und inoffiziellen Staatsvertretern mag es den Atem verschlagen haben.

000324

Hauptabteilung XX/4 Berlin, den 19. 10. 1978
I/Ja/Wi

Auskunftsbericht

Name, Vorname: T a u t z , Lothar
geb. am, in: 15. 04. 1950 in Erfurt
wohnhaft HW: 50 Erfurt, Brüler Str. 39
NW: 48 Naumburg, Metendorfer Weg 5
Familienstand: geschieden

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Kinder: aus erster Ehe ging das Kind
Tina, geb. 20. 05. 70 hervor

PKZ: 150450 4 17733

T. wurde am 15. 04. 1950 als 2. Kind der Eheleute T a u t z , Johannes und T a u t z , geb. Bahn, Luise-Lotte in Erfurt geboren.
Von 1956 bis 1966 absolvierte er die 10klassige polytechnische Oberschule.
1966 - 1969 erlernte er dann den Beruf eines Maschinenbauers mit Abitur im VEB Pressen und Scherwalzenmaschinenbau Erfurt.
Ein von ihm angestrebtes Studium an der Universität Rostock in der Fachrichtung Schiffsbau bzw. als Betriebsingenieur für Werkzeugmaschinenbau wurde vermutlich aus Kapazitätsgründen abgelehnt.
1969 begann T. ein Studium im Fach Physik, welches er jedoch bereits im Januar 1970 wieder abbrach.

Von 1970 bis 1973 arbeitete T. dann zeitweise als Packer, als buchhändlerische Hilfskraft beim Erfurter Volksbuchhandel und schließlich als Requisiteur bei den Städtischen Bühnen in Erfurt. Von den Städtischen Bühnen aus, nahm er an einem Lehrgang vom 6. bis 10. 11. 1972 für Waffenkunde und Pyrotechnik teil, wo er den Befähigungsnachweis für den Umgang mit pyrotechnischen Erzeugnissen der Klassen 2 - 5 erhielt. Seit 1973 studiert T. an Katholischen Oberseminar Naumburg Theologie, wovon er ein Semester am Sprachenkonvikt Berlin absolvierte.

Bei dem durchgeführten Ermittlungsverfahren von März bis September 1977 gegen den ehemaligen DDR-Bürger

geb. am:

wohnhaft:

letzte Tätigkeit: Vikar, jetzt arbeitslos

gemK § 106 (1), 1; 108, 22 (1) StGB mit Haft wurde durch die MA IX/2 folgendes zu T. bekannt:

T. nahm gemeinsam mit [REDACTED] an den Trauerfeierlichkeiten zu Pfarrer B r u s e w i t z in Rippicha teil. T. hat von [REDACTED] eine Denkschrift seines im Zusammenhang mit der Entlassung B i e r m a n n s geschriebenen Briefes an den Generalsekretär der SED erhalten. Weiterhin erhielt T., die von [REDACTED] gefertigten Hetzschriften "Ein Biermann ging ..." und "Unparteiliche Briefe zum DDR-Bau ...".

Durch operative Maßnahmen wurde bekannt, daß T. der Inhaftierung von [REDACTED] weitere politisch-negative Aktivitäten gemeinsam mit [REDACTED] und anderen negativ angefallenen Personen entwickelte.

So wurde bekannt, daß er gemeinsam mit diesem Personenkreis eine Unterschriftensammlung zum sogenannten "Querfurter Papier", welches sich mit den Menschenrechten im Stil der "Charta 77" in der DDR beschäftigte, organisierte.

Weiterhin wurde bekannt, daß T a u t z gemeinsam mit [REDACTED] und [REDACTED] die Hetzschrift von [REDACTED] "Ein Biermann ging ..." überarbeitete und zu einer 79seitigen Ausgabe ergänzte.

Durch die MA VIII wurde festgestellt, daß T. am 22. 07. 1977 H a v e m a n n aufsuchte. T. berichtete H a v e m a n n von Aktivitäten in bezug auf Menschenrechte und Verhaftungen im Zusammenhang mit der Ausweisung B i e r m a n n s und übergab ihm ein Exemplar von der neu überarbeiteten Hetzschrift "Ein Biermann ging ...".

Im Zusammenhang von politisch-negativen Aktivitäten des T., die insbesondere das Ziel einer Unterstützung politischer Gefangener in der DDR haben, nahm er u. a. Verbindung zu dem Redakteur des "Westdeutschen Rundfunks" Köln, der Vorsitzender des sog. "Schutzkomitees "Freiheit und Sozialismus" ist, sowie zu Künstlerkreisen wie Sahra K i r s c h und [REDACTED] auf.

Bei einer durchgeführten Befragung am 16. 09. 1977 des T. in der Staatsanwaltschaft Naumburg konnte ein großer Teil der inoffiziell bekannten Fakten bestätigt und offiziell gemacht werden (siehe Protokoll). Weiterhin wurden durch IM in leitenden Funktionen Maßnahmen zur weiteren Zurückdrängung der politisch-negativen Aktivitäten eingeleitet.

In einer Reaktion [REDACTED] schreibt T. an seine geschiedene Frau: "In Naumburg hält man mich für den geistigen Führer einer revolutionären Gruppe und damit für eine Gefahr des Oberseminars ...". Er bringt dabei zum Ausdruck, daß er früher oder später im Gefängnis landen wird. Bei dem Gedanken einer Übersiedlung würde er sich wie ein Verräter vorkommen.

Inoffiziell wurde im Februar 1978 bekannt, daß T. das sog. "Manifest" des BRD-Magazine "Der Spiegel" kennt und im Besitz der "Sechs Vorträge über das Buch Alternative" von B a h r o ist.

62
BSU
000327

4

Wie aus einer Information der K I Leipzig vom 14. 07. 1978 hervorgeht, bewahrt angeblich T. belastendes Material bei seiner geschiedenen Frau T., Christa versteckt auf. Des weiteren wurde operativ bekannt, daß T. mit seiner Freundin , an einem Treffen am 20. 08. 1978 in Karlovy Vary auf dem Zeltplatz mit den jetzigen BRD-Bürgern und , teilnahmen.
(siehe Information)

Auf Grund der besseren territorialen operativen Personenkontrolle und Bearbeitung wird das vorhandene Material über T. der BV Halle übersandt und die Erfassung durch die HA XX/4 gelüsch.

Hauptabteilung VII/6

Berlin, den 26. 03. 1979

BSU
000376

I n f o r m a t i o n

Über feindlich-negative Aktivitäten religiöser Kreise

Inoffiziell wurde über den Studenten am Priesterseminar Naumburg,

T a u t z , Lothar
geb. am 15. 04. 1950 in Erfurt
wohnhaft in Erfurt, Brühler Straße 39
Nebenwohnung:
1. Berlin-Mitte, Borsigstraße 05
2. Naumburg, Mertendorfer Weg 05

bekannt, daß dieser Kontakt zu

- Organisationen in der BRD, die sich für Strafgefangene und "politisch Verfolgte" in der DDR einsetzen, sowie
- der Religionsgemeinschaft "Brüder Tese"

aufgenommen hat.
Als Erkennungszeichen tragen, der Quelle zufolge, die Angehörigen dieser Religionsgemeinschaft ein sogenanntes "Auge Gottes", einen Stein mit einer blau eingefärbten Vertiefung. Mitglieder dieser Religionsgemeinschaft hat Tautz, der Quelle zufolge, auf internationalen kirchlichen Veranstaltungen in der DDR und in Prag kennengelernt. Des weiteren informierte die Quelle darüber, daß Tautz versucht habe, über diese Religionsgemeinschaft Bürgern der DDR die Übersiedlung in die BRD zu ermöglichen. Tautz äußerte dazu, daß er

BStU
000379

geb. am [REDACTED]
wohnhaft gewesen [REDACTED]

bei der Realisierung seiner Übersiedlungsabsichten unterstützt habe und sich mit diesem später in Berlin treffen will.

Die Überprüfung ergab, daß [REDACTED] am 29. 12. 1978 in die BRD übersiedelt ist.

BStU
000927

Begründung zu den Aufträgen ~~A~~ und B der Abt. 26

275610

1. Zur Person

...Tautz, Lethar.....

geb.am: 15. 04. 1950 in Erfurt
 wohnh.: 4600 Wittenberg, Palkstr.
 Beruf: Maschinenbauer, Vikar
 Tätigkeit: Regionalsekretär des Bundes- und Sekretär des kirchlichen Lutherkomitee; *Christl. Wittenberg*

T. wurde mit seinem Zuzug nach Wittenberg im September 1981 bekannt. Seit Januar 1982 ist T. in der genannten Funktion tätig und organisiert im Auftrag des Bundes die Vorbereitungen zu den Luthererehrungen 1983 in Wittenberg. In dieser Tätigkeit obliegen ihm die Durchsetzung innerkirchlicher Pläne und Absichten zur Luthererehrung sowie die Koordinierung bestimmter Maßnahmen und Aufgaben mit den entsprechenden staatlichen Stellen.

T. vertritt in seinem Verhalten gegenüber Mitarbeitern der staatlichen Organe eine loyale Politik und ist an einem positiven Verhältnis zwischen Staat und Kirche interessiert.

2. Zielstellung

Im Rahmen des Klärungsprozesses "Wer ist Wer?" zur Person T. können zwei Aufklärungsergebnisse als wesentlich eingeschätzt werden:

- T. hat in der vorgenannten Funktion maßgeblich Einfluß auf die Vorbereitungen der Luthererehrungen 1983 und nimmt in dieser Schlüsselposition eine zentrale Stellung ein.
- Die Persönlichkeit des T., seine Entwicklung in beruflicher und familiärer Hinsicht sowie das Verhalten in der Gegenwart bieten objektiv positive Voraussetzungen für eine perspektivische legitimierte Kontaktierung und des inoffiziellen Einsatzes, speziell in bezug auf die Luthererehrungen 1983.

Die Realisierung der Aufträge ~~A~~ - B - der Abt. 26 ist von der Zielstellung her unmittelbar mit diesen beiden Aufklärungsergebnissen zu verbinden.

BSU
000928

2

Im Detail sollen folgende Hauptziele erreicht werden:

- Nutzung der Möglichkeiten des T. in Rahmen der Schlüsselposition zur Informationsgewinnung jeglicher Art, bezogen auf die Luthererehrungen 1983 durch den Einsatz der operativen Technik. Im Mittelpunkt stehen dabei konkrete Pläne und Absichten der Kirche und des kirchlichen Lutherkomitees zur Störung der Lutherfeierlichkeiten bzw. deren Vorbereitungen und des Wirksamwerdens bekannter klerikaler Kräfte.
- Informationsgewinnung durch den Einsatz der operativen Technik zu Verbindungen und Kontakten des T. zu kirchenleitenden und an den Vorbereitungen und der Durchführung der Luthererehrungen beteiligten Personen, deren Aufgabengebiete sowie Aktivitäten.
- Erarbeitung von operativ bedeutsamen Informationen zur Einschätzung der pol.-op. Lage im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Luthererehrungen, der Informationstätigkeit an die Partei und der Einleitung geeigneter Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung von feindlich-negativen Angriffen.
- Informationsgewinnung in Vorbereitung der geplanten legendierten Kontaktierung des T., insbesondere zur Person, den Kontakten und Verbindungen sowie der Erarbeitung von Fakten, die den Aufklärungs- und Gewinnungsprozess aktiv unterstützen.
- Überprüfung der Reaktion des T. bzw. seiner Verhaltensweisen nach Gesprächen mit Vertretern staatlicher Organe sowie nach einer legendierten Kontaktierung.

Mit vorgemannter Zielstellung wird vorgeschlagen, zur Person T. die Maßnahmen - A - und - B - der Abt. 26 einzuleiten.

Leiter der Kreisdienststelle


Bolanski
Oberstleutnant


Gröber
Hauptmann

Besucht dient auch zur Überprüfung von SMS „Paul“ - also Bitterfeld im die SA 1941 oder diesem Bereich, 1942/1943

KD Wittenberg
Gen.Gröber

Bitterfeld, den 11.11.1982
Az. 26/1/B 105/82/1/a.
- 83563 - 83008 -

Vertrauliche Dienstsache

M Paul?

Informationsbericht vom 05.11.1982

BSU
000396

Um 16.27 Uhr betreten eine männliche und eine weibliche Person das Arbeitszimmer des Lothar T a u t z. Bei der weiblichen Person handelt es sich um Frau T a u t z, während die männliche Person nicht identifiziert werden konnte, da ihr Name während des nachfolgenden Gesprächs nicht einmal genannt wurde.

Die Unterhaltung wurde in der Sie-Form geführt. Es ging dabei um kirchliche Probleme und um Luther.

Um 16.40 Uhr klingelt es und Lothar T a u t z betritt das Arbeitszimmer. Er erkundigt sich, ob die männliche Person schon lange wartet, was diese jedoch verneint.

Tautz führt ein Telefongespräch und benutzt dann mit der Schreibmaschine zu schreiben. Es geht dabei um einen Brief bzw. Antrag an den Rat des Bezirkes, Abteilung Kultur.

Sie unterhalten sich dann noch über eine weitere Anschrift: Ministerrat der DDR, Ministerium des Innern, Berlin. Dabei handelt es sich um einen Antrag für das Kirchentagsprogramm und um eine Karte, eventuell Land- oder Stadtkarte.

Frau Tautz bringt ebenfalls Kaffee.

Während Tautz Schreibmaschine schreibt, erzählt die m.P. der Frau Tautz von einem Freund, der eine Radtour nach Rumänien machen wollte, aber Schwierigkeiten mit dem Zoll hatte. Die weitere Unterhaltung ist von allgemeiner Natur.

Tautz nimmt wieder am Gespräch teil und erzählt, daß er einen neuen Telefonanschluß erhalten hat. Dann geht die Unterhaltung über Berufsgruppen und Berufsausbildung. Frau Tautz erzählt dabei von ihrer Ausbildung und von ihrer Tätigkeit in der Apotheke.

Es geht weiter über Ehrung als "Sozialistisches Kollektiv", über Freizeitgestaltung und Garten.

Die männliche Person lenkt das Gespräch auf Strittmatter und erzählt von einem Buch von ihm. Tautz geht auf dieses Gespräch jedoch nicht ein.

Die m.P. erzählt weiter, daß er mit Propst T r e u und S c h o r l e m m e r gesprochen hat oder noch sprechen will.

- 2 -

BSStU
000397

Es würde dabei um die durchgeführte Synode gehen, auf der Schorlemmer aufgetreten ist.
In diesem Zusammenhang unterhalten sie sich über die Sinnlosigkeit der Rüstung und von Atomraketen, die von Tautz und auch von seiner Frau abgelehnt werden.

Frau Tautz beginnt dann das Thema Wehrdienst und Friedensdienst. Die m.P. klärt Frau Tautz über den Unterschied des Wehrdienstes in der BRD und in der DDR auf, alles im Zusammenhang mit der geplanten Aufstellung von Atomraketen in der BRD. Er erläutert Politik der USA und Friedenspolitik der Sowjetunion.

Sie unterhalten sich weiter über das Symbol "Schwerter zu Pflugscharen".

Für Frau Tautz ist es unvereinbar, daß man durch unsere Wehrziehung in der Schule den Friedenswillen zum Ausdruck bringen will.

Die m.P. vertritt dazu und zu Fragen der Abrüstung, des Friedens und der NVA konsequent die Politik von Partei und Regierung.

Sie führt dabei Beispiele von Vietnam, Libanon, Arbeitslose in den USA und in der BRD usw., an.

Herr und Frau Tautz sprechen dann die Unterschiede der Lebensweise von Regierung und Bevölkerung an. Die Ersteren würden bereits in Kommunismus leben und bekommen alles umsonst, während es andererseits nicht so aussieht.

Die m.P. findet auch hierzu Argumente und erklärt z.B., daß ein Minister 2,5 TM verdient, während ein Chefarzt 3,1 TM erhält.

Im weiteren Gespräch wird über die Versorgungslage, Kaufkraft der Bevölkerung, Lebensstandard, Frage des Hungers in den befreiten Nationalstaaten, Friedensbewegung in den USA und den westlichen Ländern, Abrüstung, Wehrdienst, Bedrohung der SU durch USA-Stützpunkte, "Frieden schaffen ohne Waffen", BRD-Fernsehen und Fernsehen der DDR, diskutiert.

Die männliche Person verläßt um 19.17 Uhr das Arbeitszimmer des Tautz.

mf-----

P.d.R.d.A.
mf
Mannich

Verteiler:

1x KD Wittenberg
1x Abt. XX/4

KD Wittenberg
Gen. Grüber

Bitterfeld, den 05.05.1983
Az.26/ 11 / A 312/82/AG.
- 83634 -

Vertrauliche Dienstsache

Informationsbericht vom 01.05.83

BSStU
000411

Ein Wolfgang/BRD nimmt Verbindung zu Frau T a u t z auf.

Er erkundigt sich, ob das Paket angekommen sei und die Post, was durch sie bestätigt wird.

Sie übergibt dann an ihren Mann.

Tautz teilt mit, daß die Wahrscheinlichkeit, daß er ihn besuchen würde, etwas gestiegen sei.

Vermutlich würde er am 06. oder 07.06.83 reisen, bis 12.06.83. Eigentliches Reiseziel wäre Hannover zum Kirchentag. Genau könnte er ihm aber erst etwas sagen, wenn die Reise genehmigt würde.

Sollte die Reise genehmigt werden, er würde dann in einer Gruppe reisen, würden sie über WB fahren.

Die Möglichkeit eines Treffens mit Wolfgang wäre dann gegeben, wenn Wolfgang seine "neue Heimatstadt" mal verlassen würde, um nach Hannover zu kommen.

Wegen der Übernachtung braucht sich Wolfgang keine Sorgen zu machen, da die Eltern des Wolfgang-Christoph in Hannover wohnen würden.

Die Chancen einer möglichen genehmigten Reise sieht Tautz darin, daß er bisher noch keine ablehnenden Bescheid erhalten hätte und sein Antrag auf Erteilung eines Visum schon längere Zeit läuft.

Es ist zu entnehmen, daß die Reise nicht von Tautz selbst kommt, sondern er, ohne gefragt zu werden, delegiert wurde.

Weiter ist zu entnehmen, daß Tautz bei einem ablehnenden Bescheid nicht wesentlich verstimmt wäre.

Wolfgang erkundigt sich dann, ob mit der CSSR alles gesichert sei und genaue Termine stehen würden?

Tautz bestätigt das und spricht von der letzten Juliwoche.

Es ist hier zu entnehmen, daß Wolfgang und Tautz sich in dieser Zeit in der CSSR treffen wollen. Auch steht ein Treffen des Wolfgang mit dessen Vater in der CSSR in dieser Zeit an.

Als möglicher Treffort wird Karlsbad in Erwägung gezogen.

mf-----
Verteiler:
1x KD Wittenberg ; 1x Abt. XX/4

P.d.R.d.A.
mf

KD Wittenberg
Gen.GrÜber

Bitterfeld, den 15.01.1983
As.26/3/B 105/32/Za.
- 83486 -

Vertrauliche Dienstsache

Informationsbericht vom 06.01.1983

Am 06.01.1983 gegen 16.45 Uhr betreten T a u t z und eine m.P. das Arbeitszimmer des Tautz.

Die m.P. erzählt, sie hätte noch einmal mit Herrn V o i g t gesprochen.

Es ist so, daß man sich die ganzen Leute, die für irgend etwas verantwortlich sind, noch einmal ansehen will. Deshalb die momentliche Aufstellung.

Tautz erzählt etwas davon, daß L e h m a n n für die Ordnungsgruppen verantwortlich sei.

Weiterhin sollen auch B e l i m a n n und S o r b e c k eingesetzt werden.

Es ist so vorgesehen, daß Tautz immer in seinem Büro sitzt, so daß er immer erreichbar ist. Von dort kann er dann alle Fäden während des Kirchentages in der Hand halten. Eingewiesen werden alle Kräfte von Tautz selbst.

Sie unterhalten sich jetzt über verschiedene Themen, die von den einzelnen Mitgliedern des Kongresses während des Kirchentages gehalten werden.

Thema 1: Dr. G e n t l e r aus Erfurt, Predigerseminar, und Dr. W a l t e r von der Hochschule Naumburg.

Thema 2: Frau S t e r

Thema 3: T i t t m a c h -(?), Studentenpfarrer in Naumburg.

Weiter werden die Namen der Frau H a h n e w i n k e l, Gene aus Naumburg, R a t z m a n n aus Leipzig, Dr. Klaus W e r h o l d aus Halle und andere genannt, die nicht verstanden werden konnten.

Der m.Besucher hat sich jedoch sämtliche Namen notiert.

In der Folge unterhalten sie sich über die während des Kirchentages durchzuführenden Gottesdienste.

Am Sonnabend hält diesen z.B. der ehemalige Landesjugendpfarrer B u c h e n a u.

Die m.P. erkundigt sich noch über die zu erwartenden Gäste, worauf Tautz erwidert, daß er dies erst später genau sagen kann, weil erst am 12.01. in Berlin Ökumene-Tagung ist.

Einige sind jedoch schon bekannt, nämlich Konrad W a l t e r, dies ist der Chef des Sekretariats des Ökumenischen Rates in Genf. Dieser hat schon zugesagt.

- 2 -

- 2 -

BSU
000401

Aus der BRD kommt T r a u t w e i n, Propst in Darmstadt. Dann kommt eine ganze Menge aus den RGW-Staaten, aus Polen, der UdSSR, CSSR und Ungarn, also aus allen Staaten, außer Bulgarien und Jugoslawien. Aus Siebenbürgen kommt der Bischof K l e i n.

Dann unterhalten sich beide über die Unterbringung der Gäste, die auch im Schwesternhaus untergebracht werden sollen. Weiter sprechen sie über die Tätigkeit der Journalisten und über eine Pressekonferenz, welches in gewisser Weise ein wenig gelenkt werden soll, damit nicht alles Mist geschrieben wird.

Dann erwähnen sie den Kirchentag Bielefeld und ziehen veranstaltungsmäßig verschiedene Vergleiche.

Sie sprechen noch einmal davon, einen Gottesdienst eventuell auch im Kreiskulturhaus durchzuführen, vielleicht auch die Pressekonferenz. Dies müßte jedoch noch von den Beratern und beschlossen werden. Die m.P. will auch Herrn V o i g t über alles informieren.

Nachdem Frau T a u t z mit Sohn Phillip das Arbeitszimmer betreten hat, verabschiedet sich die m.P. nach kurzer Zeit gegen 18.00 Uhr.

Vorher haben sie noch über eine Druckgenehmigung gesprochen, die noch nicht erteilt ist, und über die Druckerei in Meißen, die den Druck ausführt.

Im Verlaufe des Gespräches wurde die m.P. von Tautz einmal mit "Herr Propst" angesprochen. - Es handelt sich vermutlich um Herrn P r o p s t vom Rat des Kreises Wittenberg.

F.R.d.A.
Mannich

Verteiler:

1x KD Wittenberg
1x Abt.XX/4



Foto Privatarchiv Tautz

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT	
Streng geheim! Um Rückgabe wird gebeten!	Berlin, den <u>5. Okt. 1983</u>
Nr. <u>325</u> / <u>83</u>	<div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;"> BStU 000001 </div> 7 Blatt 9 Exemplar
1. HGR 2. Ver 3. BSt 4. GYJ 5. MHR 6. HA 55, LI. 7. BV Halle, LI. 8. Pz. 1 9. M.G.	
INFORMATION über	
<u>den Verlauf des Kirchentages der Evangelischen Landeskirche Anhalt in Wittenberg</u>	
<p>Der Kirchentag der Evangelischen Landeskirche Anhalt fand in der Zeit vom 22. bis 25. September 1983 unter dem zentralen Thema "Vertrauen wagen" statt. Er war - im Gegensatz zu den anderen Kirchentagen - als überregional und "DDR-offen" konzipiert.</p> <p>An den Veranstaltungen beteiligten sich ca. 800 Dauerteilnehmer. Die Hauptversammlung am 25. September 1983 auf dem Wittenberger Markt wurde von rund 8 000 Personen (die Kirchenleitung hatte mit 10 000 Besuchern gerechnet), davon ca. 50 % Jugendliche/Jung- erwachsene , besucht.</p>	

Dokument 51: BStU, Ast. Halle, AKG, Nr. 2026, Bl. 1, 3

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Vorliegenden Hinweisen zufolge traten auf dem Kirchentag in Wittenberg besonders die ökumenischen Gäste aus der BRD bzw. aus Westberlin öffentlichkeitswirksam auf. Einzelne Passagen von Reden enthielten offene und unterschwellige Angriffe gegen den Sozialismus. So beschuldigte von WEIZSÄCKER vor Teilnehmern eines Gottesdienstes in der Stadtkirche Wittenberg die UdSSR, daß sie "mit ihren landgestützten Mittelstreckenraketen nichtgerüstete, nichtatomare Länder in Europa, darunter die Bundesrepublik Deutschland", bedrohe. Die Maßnahmen der UdSSR im Zusammenhang mit der USA-Provokation über sowjetischem Hoheitsgebiet bezeichnete er als "schweren Fall bei Sachalin", der noch im 19. Jahrhundert zum Krieg geführt hätte und heute nur durch eine Abschreckung verhindert worden sei, die "wir nun allzuverständlicherweise so fürchten".

Besonders augenscheinlich waren die Bestrebungen der Vertreter aus der BRD bzw. aus Westberlin, den "gesamtdeutschen Charakter", die "Zusammengehörigkeit", die "Gemeinsamkeiten" der Kirchen beider deutscher Staaten und ihrer Bürger breit zu propagieren.

Beispiele hierfür sind u. a. die Ausführungen von WEIZSÄCKER's anlässlich der ökumenischen Grußstunde auf der Hauptversammlung des Kirchentages vor ca. 8 000 Teilnehmern. Er erklärte dort u. a. "Wir sind hüben wie drüben Deutsche, wenn auch in zwei Staaten. Uns verbindet mehr als Sprache, Kultur und die Hoffnung für unsere Gesellschaft."

Wiederholt verwies er auf die "Gemeinschaft der Christenheit in Deutschland". Unter Bezugnahme auf gemeinsame Umweltprobleme und -aktivitäten erklärte er unter großem Beifall der Teilnehmer: "Wir atmen die gleiche Luft, sie macht nicht an Grenzen halt. Sie reinzuhalten ist unser gemeinsames Interesse ..."

VIII Frieden '83

Wenn der Höhepunkt des Wittenberger Kirchentages für mich der Auftritt von Richard von Weizsäcker war, so wurde der erste öffentlichkeitswirksame Auftritt der gerade frisch gegründeten Gruppe „Frieden '83“ zum Paukenschlag für die kirchliche Friedensbewegung innerhalb der DDR. Solche Aktionen gelingen nicht spontan, sondern haben einen personellen, inhaltlichen und organisatorischen Vorlauf, der in Hinsicht auf die Friedens- und Menschenrechtsthematik vor allem in den Studentengemeinden seinen Ort hatte.

So beschwert sich denn Oberstleutnant Gröger als Leiter der Abteilung XX des MfS Halle am 25. 5. 1977 in einer „Information über die Existenz und das Wirken der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) im Bezirk Halle“ (Dok. 52, S. 102ff.), dass *eine Reihe von Studenten/Jugendlichen, die bisher eine gute gesellschaftliche Arbeit leisteten und Mitglied gesellschaftlicher Organisationen waren, die aber durch intensive Einflußnahme der negativen Kräfte innerhalb der ESG und der Jungen Gemeinde aus den Organisationen austraten, sich den christlichen Glauben zuwendeten, getauft wurden, den Wehrdienst mit der Waffe in der Hand aus Glaubensgründen verweigerten und jetzt aktiv in der ESG bzw. in kirchlichen Einrichtungen tätig sind* (ebenda, hier: 3. und 4. abgeb. Blatt, S. 104f.). Ob er wohl meine Biografie im Hinterkopf hatte (Gröger war mein langjähriger „Begleiter“ von MfS-Seite: vgl. Dok. 16, S. 31), denn hier trifft jedes Wort auf mich zu und es wird im Folgenden noch besser: *Das Wirken der ESG zeigt sich auch in den Sympathiebekundungen für den ehemaligen Pfarrer Brüsewitz, dem Liedermacher Biermann, dem Schriftsteller Kunze sowie in den negativen Diskussionen über Entscheidungen und Beschlüsse von Partei und Regierung durch Studenten im Sicherungsbereich der BV Halle.* (Dok. 52, S. 102ff., hier: 4. abgeb. Blatt, S. 105) Er kam zu dem Schluss, dass die *Einleitung von offensiven Maßnahmen zur Isolierung, Zersetzung und Zurückdrängung des ideologischen Einflusses der Tätigkeit der ESG an den Hochschulen und Universitäten unbedingd in Angriff genommen werden müsse* (ebenda, hier: 5. abgeb. Blatt, S. 106). Gelungen ist ihm da nicht viel.

In Grögers Bericht waren Edelbert Richter/Naumburg und Friedrich Schorlemmer/Merseburg als Studentenpfarrer namentlich benannt, über die er nicht zu Unrecht mitteilte, sie würden sich und die Studenten darauf orientieren, *sich intensiv mit der sozialistischen Umwelt zu befassen, den Marxismus/Leninismus zu analysieren und sich mit der Umwelt kritisch auseinanderzusetzen* (ebenda, hier: 2. abgeb. Blatt, S. 105). Seit 1979 war allerdings der politische Schwerpunkt unserer kirchlichen Arbeit ganz klar die Friedensbewegung. Die forcierte Aufrüstung der Warschauer-Pakt-Staaten und der Nato-Doppelbeschluss von 1979 hatten ein Übriges für unsere Motivation getan, so dass

wir in Naumburg im Herbst 1980 einen offenen Brief zum Thema „Erziehung zum Frieden“ schrieben, der sogar am 13. Januar 1981 von der Vollversammlung der Studentenschaft der Kirchlichen Hochschule beschlossen wurde (Dok. 53, S. 107f.). Wir spürten zwar viel Gegendruck von Seiten der Dozentenschaft und der Kirchenleitung, ahnten aber nicht, dass es die Stasi selbst war, die da drückte (ebenda, hier: 2. abgeb. Blatt, S. 108 oben, letzter Absatz). Hatten wir doch mit der *Herstellung und Verbreitung dieses Pamphlets ... [den] Tatbestand des § 106 Abs. 1, Ziff. 1 und 4 STGB [einmal wieder] erfüllt* (Dok. 54, S. 108 unten: aus der strafrechtlichen Einschätzung zum OV „Seminarist“ vom 15. Januar 1981).

Die ärgerlichen Erfahrungen mit der Hochschul- und Kirchenleitung zeigten, dass wir uns zum Zwecke von „staatsfeindlichen“ Friedensinitiativen anders organisieren mussten, um effektiv arbeiten zu können: Überregional und möglichst unabhängig von der kirchlichen Administration. Da war nach meinem Umzug nach Wittenberg Friedrich Schorlemmer für mich gerade der richtige Verbündete: 1978 war er von der Kirchenleitung als Dozent in das dortige Predigerseminar berufen worden, wo sich die VikarInnen der Kirchenprovinz Sachsen auf das zweite Theologische Examen und damit auf die Übernahme in den Kirchendienst als PfarrerInnen vorbereiten. Für mich war Schorlemmer in der Vorbereitungszeit für den Wittenberger Kirchentag der wichtigste Gesprächspartner, schließlich hatten wir miteinander seit 1976 schon manchen Strauß ausgefochten (vgl. „Bischof Krusches Mannschaft“ in „Das Signal ...“, S. 328f. u. 334). Wir waren uns einig: Mit der ersten Friedensdekade 1980 war mit „Schwerter zu Pflugscharen“ das Thema genannt, das auch auf dem Kirchentag in den Mittelpunkt kommen sollte.

So kam es am 5. Januar 1983 in Halle zur Gründung der überregionalen Friedensinitiative „Frieden '83“ (Vgl. „Worte öffnen Fäuste“, S. 182). Dreißig VertreterInnen von Friedensgruppen aus der ganzen DDR waren zusammengekommen. Sie wollten in die Kirche und in die Gesellschaft hinein wirken – als eine Gruppe, die sich verbindlich mit allen Konsequenzen für den Frieden in einer existenzbedrohenden Situation einsetzt: mit dem persönlichen Engagement gegen jede weitere Aufrüstung, gegen jede Beteiligung am System der Abschreckung, gegen jede weitere Militarisierung des Denkens und öffentlichen Lebens. Eine Basiserklärung wurde in einem längeren Diskussionsprozess verabschiedet (Dok. 55, S. 109) und eine Eingabe – zusammen mit einer großen Unterschriftenaktion – an die Bundessynode der DDR-Kirchen im Juni 1983 nach Potsdam gerichtet. Die Gruppe traf sich bis 1989 zweimal jährlich u. a. in Magdeburg, Bernburg, Halle, Torgau, Herzberg, Weißenfels, Erfurt und Wittenberg.

Die Wittenberger Gruppe hatte sich nun zum Kirchentag etwas ganz Besonderes ausgedacht: Wir wollten eingedenk unserer Basiserklärung über den

Frieden nicht nur reden, sondern auch entsprechend handeln – und wenn es nur eine Zeichenhandlung wäre. Die hat im Christentum durchaus eine gute Tradition schon seit alttestamentlichen Zeiten. Da wir eine neue Gruppe von ausgesuchten Leuten waren, gab es (wie wir hofften) keinen Spitzel unter uns, so dass die Stasi von unserer Aktion erst kurz vorher durch einen etwas verwirren Anruf von einer „Gitte“ erfuhr: *Im Predigerseminar (Innenhof) sollen in wenigen Minuten Biermann-Texte verlesen werden und anschließend „eine Sache mit Kerzen“ steigen.* (Dok. 56, S. 110) Es waren zwar Texte von Schorlemmer und die Kerzen entwickelten sich ganz schnell zu einem ausgewachsenen Schmiedefeuer, aber so konnte MfS-Leutnant Hahn wenigstens über die *Demonstrativhandlung* berichten: *Dann wurde das Schwert zur Pflugschar geschmiedet. Die Hammerschläge wurden mit rhythmischen Beifall begleitet.* (Dok. 57, S. 110)

Damit hatten wir für unsere eigene Arbeit eine Vorgabe gemacht, die uns bis zum Ende der DDR – in aller Bescheidenheit – mit Stolz erfüllte. In den Jahren dazwischen gab es ebenfalls immer wieder besondere Initiativen, die vielleicht nicht ebenso öffentlichkeitswirksam waren, aber in die DDR hinein- und manchmal auch darüber hinaus wirkten. Ich will nur noch einige nennen, bei denen ich besonders beteiligt war. Am Tschernobyl-Tag, am 26. April 1986, fand das Frieden '83-Treffen in Weißenfels statt, wo ich inzwischen ein Pfarramt übernommen hatte. Hier konnten wir zum ersten Mal ausführlich die Konsequenzen der beginnenden Perestroika diskutieren und verfassten im Ergebnis einmal wieder einen offenen Brief, der als „Weißenfelder Brief“ in der mitteldeutschen Provinz eine erfreuliche Verbreitung fand (Dok. 58, S. 111ff.). Wir nahmen im Herbst 1987 am Olof-Palme-Friedensmarsch teil, der auch durch Wittenberg führte. Zwei Weißenfelder Frauen trugen am 5. September das Transparent „Friedenserziehung statt Wehrkundeunterricht“ durch die Straßen der Lutherstadt (Fotos, S. 118f.). Zum Hallenser Kirchentag 1988 waren die Wittenberger, Weißenfelder und Torgauer Aktiven für das Forum „Umkehr führt weiter – wo gesellschaftliche Erneuerung nötig wird“ verantwortlich. Das Ergebnis führte zu einem Artikel in der Hessisch/Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) unter der Überschrift „Bleib im Lande und wehre dich täglich“ (Dok. 59, S. 120), was die Stasi besonders ärgerte.

So lud Oberst Gröger noch im April 1989 zehn Majore und Hauptmänner aus der halben Republik nach Halle ein zu einer *Koordinierungsberatung zum feindlich-negativen Personenzusammenschluß „Frieden 83“* (Dok. 60, S. 121ff.). Nachdem man Schorlemmer/Wittenberg, Sachse/Torgau, Tautz/Weißenfels und Noack/Wolfen als Hauptbösewichter identifiziert hatte, diagnostizierte man als *mögliche neue Zielrichtung der Gruppierung [die] Fragen des KSZE-Prozesses und der Demokratie und Menschenrechte in der DDR* (ebenda, hier: 3. abgeb. Blatt, S. 123). Das war richtig.

Abteilung XX

Halle, den 25.05.1977

Vertrauliche Verschlussache
Mo 008 Nr. 42177
5. Aufl. 13 Blatt

Information

Über die Existenz und das Wirken der Evangelischen Studentengemeinden (ESG) im Bezirk Halle

1. ESG-Struktur

Im Jahre 1953 wurde von der Konferenz der evangelischen Kirchenleitung in der DDR ein Statut angenommen, auf dessen Grundlage die Arbeit der ESG organisiert und durchgeführt werden soll.

Die Konferenz beauftragte einen Beirat (Legislative) mit der Wahrnehmung der Verantwortung für die Gesamtarbeit der ESG. Dieser Beirat, der sich aus dem Vorsitzenden der Studentenfarrerkonferenz und weiteren 12 - 14 Personen u.a. den

- Referenten der KL für ESG
- Studentenfarrern
- Jungakademikern
- Studenten
- Vertretern für Mission, Ökumene und
- Vertretern der Freikirchen

zusammensetzt, beruft die Mitarbeiter für die Geschäftsstelle in Berlin, kontrolliert deren Arbeit und ist in allen Fragen, die die ESG betreffen, weisungsberechtigt.

Die Geschäftsstelle verfügt über weitverstreute aktive Verbindungen zu zentralen kirchlichen Einrichtungen, Kirchenleitungen in Hochschulorten, Jungakademikern zu verschiedenen ausländischen Studentenbewegungen sowie zur ESG-Geschäftsstelle der BRD in Stuttgart und zum Christlichen Weltstudentenbund (WSCF).

Zur Aufgabe der Geschäftsstelle gehört des weiteren

- die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung aller zentralen Konferenzen

wie

- . Neue und Alte Vertrauensstudentenkonferenzen
- . Ökumenische- und Studienkonferenzen sowie

Die Leitungen der ESG orientieren darauf, sich intensiv mit der sozialistischen Umwelt zu befassen, den Marxismus/Leninismus zu analysieren und sich mit der Umwelt kritisch auseinanderzusetzen.

Es ist festzustellen, daß im ansteigenden Maße von Studenten (auch exmatrikulierter) die ESG als "Freiraum" für unkontrollierte Diskussion betrachtet wird.

Die ESG bieten negativen Elementen Möglichkeiten zum Studium und zur Auswertung westlicher Publikationen, zur Verbreitung feindlicher Ideologien bis hin zur konspirativen Gruppenbildung und Durchführung staatsfeindlicher Aktivitäten.

Es sind verstärkte Bestrebungen vorhanden, die Mitarbeit in der ESG auch nach Abschluß des Studiums nicht abreißen zu lassen.

In diesem Zusammenhang konnte eine Zunahme von Jungakademikerkreisen festgestellt werden.

Bei den Jungakademikern handelt es sich um ehemalige Studenten, die in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, vor allem aber in der

- Ökonomie
- Wissenschaft/Forschung
- Medizin
- Kultur

tätig sind, sich in Gruppen organisieren und im kirchlichen Sinne wirksam werden sollen.

2.1 Arbeitskreise der ESG

Die bekanntesten Arbeitskreise sind:

- AK Soziologie (Partnerschaftsverbindung in die BRD)
- AK Literatur
- AK Philosophische Texte
- AK Bibel
- AK Helfendes Gespräch
- Mitarbeiterkreis ESG.

Es ist festzustellen, daß neben den übrigen Veranstaltungen der ESG (die auch in Verbindung mit der KSG organisiert und durchgeführt werden) die Arbeitskreise von den Studenten regelmäßig besucht werden.

Die ESG konzentriert sich bei Werbeaktionen besonders auf die Studienjahre 1. bis 3. Schwerpunkte sind der Bereich Medizin/Stomatologie und die Sektion Pflanzenproduktion.

Soziale Zusammensetzung der Mitglieder der ESG

(Durchschnittswerte nur MLU Halle-Wittenberg)

Intelligenz	41,2 %
Arbeiter	19 %
kirchl. Angestellte	12,7 %
Ang. Forst u. Landw.	11,2 %
Handwerker	4,7 %

Die ESG Halle hat zahlenmäßig (im Vergleich zu anderen ESG im Bezirk), bedingt durch eine starke Studentenkonzentration an der MLU u.a. Hoch- und Fachschulen, die meisten Mitglieder und Sympathisanten.

Unter Leitung des negativ feindlich eingestellten Studentenpfarrers Jaeger bildete sich innerhalb der ESG ein reaktionärer Kern heraus, der unter Beachtung konspirativer Regeln die Arbeit der ESG negativ beeinflusst.

Dieser negative Kern, bestehend aus dem Studentenpfarrer und antisozialistisch eingestellten Vertrauensstudenten, die als Überprüft und "zuverlässig" gelten, verbreiten zielgerichtet bürgerliches Gedankengut unter den Studenten und versuchen, fortgesetzt handelnd, das sich bei den Studenten entwickelnde sozialistische Bewußtsein zu unterwandern und diese für antisozialistische Handlungen bzw. Aktionen zu gewinnen.

In ihren Handlungen bewegen sie sich stets unter der Grenze der strafrechtlichen Relevanz.

U.a. wird dieses auch durch einen formulierten und den Studenten vorgelegten sogenannten "Lebensstil" charakterisiert. Darin heißt es:

- Ein Student hat nur Kumpel und keine Freunde.
- Die Seminargruppe ist der Ort der Absprache - sie hat den Rang eines notwendigen Übels.
- Die Weltanschauung trägt der Student wie eine Arbeitskleidung - Gelegenheiten zum Umziehen nimmt er gern wahr.
- Der Student sucht sich die Persönlichkeit, die möglichst alles weiß, an ihr orientiert er sein Verhalten usw.

So gibt es eine Reihe von Studenten/Jugendlichen, die bisher eine gute gesellschaftliche Arbeit leisteten und Mitglied gesellschaftlicher Organisationen waren, die aber durch intensive Einflußnahme der negativen Kräfte innerhalb der ESG und der Jungen Gemeinde aus den Organisationen austraten; sich dem christlichen Glauben zuwendeten, getauft wurden, den Wehrdienst mit der Waffe in der Hand aus

Glaubensgründen verweigerten und jetzt aktiv in der ESG bzw. in kirchlichen Einrichtungen tätig sind.

Das Wirken der ESG zeigt sich auch in den Sympathiebekundungen für den ehemaligen Pfarrer Brüsewitz, dem Liedermacher Biermann, dem Schriftsteller Kunze sowie in den negativen Diskussionen über Entscheidungen und Beschlüsse von Partei und Regierung durch Studenten im Sicherungsbereich der BV Halle.

Diskussionen über das Verhalten bei gesellschaftspolitischen Situationen werden meist nur im kleinen vertrauten Kreis durchgeführt.

Die Studentenpfarrer haben wiederholt in diesen Kreisen zum Ausdruck gebracht, daß die Sicherheitsorgane Kontakte zu ESG-Mitgliedern suchen, daß offene Konfrontation mit diesen zu vermeiden sind, da sie zu Kontakten führen können und daß bei Kenntnis von eventuellen Kontaktversuchen ihnen sofort darüber Mitteilung gemacht werden sollte.

2.3 Veranstaltungen

Die ESG führen jährlich eine Vielzahl von differenzierten Veranstaltungen u.a. Zusammenkünfte durch, die auch von Studenten, die nicht der ESG angehören, besucht werden können.

Die Bekanntgabe der Veranstaltungsorte und Termine sowie die Einladungen der Studenten erfolgt in den meisten Fällen individuell durch Vertrauensstudenten und aktive Mitglieder der ESG.

Die Veranstaltungen/Zusammenkünfte, die als Beat-, Tanz-, Vortrags- oder Arbeitskreisabende sowie Wochenendfahrten bekannt sind, dienen überwiegend dazu,

- die Studenten noch besser kennenzulernen
- deren Ansprechbarkeit zu prüfen und
- diese als Mitglieder der ESG zu gewinnen bzw. die bisherige ideologische Einflußnahme weiter auszubauen.

Zur Durchführung derartiger Veranstaltungen/Zusammenkünfte stehen der ESG eine Reihe von Räumen in kirchlichen Einrichtungen und Objekten zur Verfügung. Die bekanntesten und von den ESG im Bezirk am meisten genutzten Heime, Objekte und Einrichtungen befinden sich in

- Schloß Mansfeld
- Roßbach/Naumburg

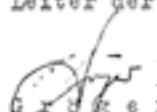
VVS 47/77

BSU
090013

- 13 -

4. Einleitung von offensiven Maßnahmen zur Isolierung, Zersetzung und Zurückdrängung des ideologischen Einflusses der Tätigkeit der ESG an den Hochschulen und Universitäten.

Leiter der Abteilung XX


G. Jäger
Oberstleutnant

Hauptabteilung XX

Streng geheim

Berlin, den 30. Januar 1981

gel. 5 Exemplare

1 Exemplar

Handwritten: 673/81
674/153187

BSU
000142

Information

57/81

"Offener Brief" zur kirchlichen Friedenserziehung von Seminaristen des Katechetischen Oberseminars Naumburg (Ergänzung zur Information 8/81)

Zur Verhinderung der Verbreitung des "Offenen Briefes" zur kirchlichen Friedenserziehung von Seminaristen des Katechetischen Oberseminars Naumburg wurden durch den Sektorenleiter für Kirchenfragen des Rates des Bezirkes Halle, Genossen V o i g t, am 12. 1. und 14. 1. 1981 mit dem Rektor K l a e r (Naumburg) und am 21. 1. 1981 mit Oberkirchenrat Dr. S c h u l z e (Magdeburg/ Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen) Aussprachen geführt. Diese sowie inoffizielle Maßnahmen führten zu erheblichen innerkirchlichen Auseinandersetzungen am Katechetischen Oberseminar Naumburg und der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen (Magdeburg).

So wurde z.B. intern bekannt, daß durch den ehemaligen Rektor Dr. H a m e l (Naumburg) gegenüber dem Rektor K l a e r (Naumburg) die Auffassung vertreten wird, daß dieser Brief die größte politische Dummheit seit Bestehen des Katechetischen Oberseminars ist. Ebenfalls wurde intern bekannt, daß sich der Referent für Ausbildungsfragen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Oberkirchenrat Dr. R a b e n a u (Berlin) gegen derartige politische Aktionen aussprach und dagegen in der Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen auftrat.

Die eingeleiteten Maßnahmen bewirkten, daß durch die Seminaristen ~~_____~~ und ~~_____~~ ein zweiter Entwurf des sog. offenen Briefes mit geringfügigen Abschwächungen politisch-negativer Passagen erarbeitet und zur Studentischen Vollversammlung am 13. 1. 1981 diskutiert wurde. Im Ergebnis der Diskussion, wo die politisch-negativen Kräfte nicht die gesamte Vollversammlung hinter sich brachten, wurde der Entwurf dem Rektor zur Weiterleitung an die Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen übergeben.

Zur Kirchenleitungssitzung am 16. und 17. 1. 1981 in Magdeburg fand diesbezüglich eine Absprache und Abstimmung zwischen Rektor K l a e r, Dozent B l u m (beide vom Katechetischen Oberseminar Naumburg), Propst B r o n i s c h (Naumburg), Propst B ä u m e r, Oberkirchenrat Dr. S c h u l z e, Konsistorialpräsident K r a m e r (alle Kirchenleitung der Kirchenprovinz Sachsen/Magdeburg) und Oberkirchenrat Dr. R a b e n a u (Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR/Berlin) statt.

000143

2

Dabei wurde zum Vorhaben der Verbreitung des sog. offenen Briefes festgelegt:

- Es findet keine Verbreitung, kein Versand und keine Unterschriftensammlung statt.
- Der Brief ist als innerkirchliches Papier zu handhaben, wozu durch die Kirchenleitung (Magdeburg) ein Dialog mit den Seminaristen durchgeführt wird.
Eine diesbezügliche Aussprache ist für Anfang Februar mit den Seminaristen des Katechetischen Oberseminars Naumburg vorgesehen.
- Von dem "Offenen Brief" wird die Konferenz der Kirchenleitungen zur nächsten Tagung im März 1981 informiert.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß die eingeleiteten operativen Maßnahmen nicht als vom MfS ausgehend erkannt wurden und einen politisch-operativ nützlichen Differenzierungsprozeß einleiteten.

BStU

000061

5

sondere gegen die die Verteidigung des Sozialismus betreffenden verfassungsmäßigen Grundlagen zu leisten.

Mit der Herstellung und Verbreitung dieses Pamphlets ist der Tatbestand des § 106 Abs. 1, Ziff. 1 und 4 STGB erfüllt.

Leiter der Abteilung

Schwengler

Oberstleutnant

Referatsleiter

Linke

Major

DIE GEFAHR ERKENNEN DEN GLAUBEN BEKENNEN DEN FRIEDEN LEBEN

1. Ich will unser Leben nicht weiter dem Schutz durch Massenvernichtungswaffen anvertrauen, weil sie das zerstören, was sie schützen sollen. Einen wirksamen Schutz mit und vor ihnen gibt es nicht.
2. Ich sehe keinen Grund der Verurteilung und des Glaubens, der heute noch dafür spricht, Massenvernichtungsmittel in das Verteidigungskonzept einzubeziehen. Es gibt keinen Wert oder Grund, ihren Einsatz zu rechtfertigen.
3. Deshalb sage ich NEIN zur militärischen Abschreckung ohne jede Einschränkung. Wer den Gott allen Lebens bekant, kann sich weder aktiv noch passiv an der möglichen Vernichtung dieses Lebens beteiligen.
4. Ich lehne jede weitere Entwicklung und Installation von Vernichtungswaffen überall auf der Erde ab.
5. Ich trete für Abrüstung auf allen Ebenen nach dem Prinzip gleicher Sicherheit ein. Darüber hinaus setze ich mich für Verleistungen ein, weil sie die Glaubwürdigkeit für die jeweilige Gegenseite erhöhen.
6. Ich selbst will einen ersten Schritt tun: Ich lehne es ab, mich an Waffen ausbilden zu lassen, weil mein Gewissen mich bindet, alles für den Erhalt der Welt zu tun. Das kann ich in der gegenwärtigen Situation mit Waffen nicht mehr erreichen. Im Ost-West-Konflikt hat uns das System der Abschreckung, das annäherndes Gleichgewicht des Schreckens an den Rand des Untergangs geführt. Diesen Weg will ich nicht weiter mitgehen. Wie weit meine Kraft dazu reicht, weiß ich noch nicht.
7. Ich will aber meine Kräfte dafür einsetzen, daß Not gelindert, Gerechtigkeit gesucht, die Natur erhalten und der Frieden gelebt werden kann.
8. Ich fühle mich verbunden mit allen, die für Verständigung und Zusammenarbeit eintreten.
9. Ich will so leben, daß Angst überwunden, Feindbilder abgebaut und gegenseitiges Vertrauen aufgebaut wird. Ich will diejenigen stärken und stützen, die wegen ihres Eintretens für den Frieden in Schwierigkeiten kommen.
10. In allen bin ich gebunden an die Worte Jesu von Nazareth, der uns Menschen gesagt hat: Selig sind die Friedensstifter, Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen.

Meine Entscheidung ist zu verstehen auf dem Hintergrund der Eingabe FRIEDEN 83 an die Synode des Bundes der ev. Kirchen. 18.5.1983

BSStU
000128

AAD

KD Wittenberg Wittenberg, 24. Sept. 1983

Anruf von "Gitta"
21.15. Uhr (heftige aufgeregte Stimme, will Franzel oder
Peter sprechen - teilt dann auf Aufforderung folgenden
Sachverhalt mit)

Im Predigerseminar (Innenhof) sollten in wenigen Minuten
Biermann-Texte verlesen werden und anschließend "Eine
Sache mit Kerzen" steigen.

BSStU
Biermann

Dokument 56: BStU, MfS, BV Halle, SA Nr. 390, Bl. 128

Kreisdienststelle Wittenberg Wittenberg, 24. 09. 1983
21.55 Rathaus

BSStU
000134

Bericht
Über eine Demonstrativhandlung auf dem Lutherhof
Beginn: 21. 30 Uhr

Am Eingang zum Lutherhof - von Priesterseminar - steht ein
Tisch mit Schreibzeug und Bindfaden. Jeder der den Lutherhof
betritt, soll seinen Namen und seinen Wohnort aufschreiben,
um ein direktes Ansprechen bei Gesprächen zu erleichtern.
Auf dem Lutherhof waren ca. 300 Personen aller Altersgruppen
versammelt. In der Mitte des Hofes wurde von einer männlichen
Person, ca. 35 - 40 Jahre, ca. 1,75 - 1,80 groß, stämmige
Gestalt, kurze dunkle Haare, Oberlippenbart, ein Schmeldefeuer
entfacht. (Koke, mit Gebläse). Daneben stand ein Amboß.
Diese Vorbereitungen und der weitere Verlauf wurden von einem
Kamerateam gefilmt.
Nach Abschluß der Vorbereitungen, wurde von [redacted] gesagt:
"Bildet eine Gasse - die Frauen bahnen den Weg und der Mann
trägt das Schwert zum Schmid".
Dann brachte eine mit Kapuze verumante Gestalt ein Schwert
(machetenähnlich). Von 2 Mädchen wurde der Weg gebahnt.
während das Schwert erhoben wurde, sprach [redacted]
Sprüche. U. a. "Schwerter zu Pflugscharen, Raketenmüllern zu
Wasserbehältern, Kriegsschiffe zu Passagierdampfer, Kampf-
schrauber zu Rettungshubschrauber, Feinde zu Partnern, Werte
zu Taten".
Dann wurde das Schwert zur Pflugschar geschmiedet. Die Hammer-
schläge wurden mit rhythmischen Beifall begleitet.

PS: Die gesamte Handlung wurde gefilmt.
(wahrsch. ERD-Fernsehen)

Hahn
Leutnant

Dokument 57: BStU, Ast. Halle, SA Nr. 390, Bl. 134

0107522-320/14
37186
17/4

Kreisdienststelle Weissenfels Weissenfels, 27. 4. 1986

BSStU
000901

Bericht
Über Inhalt und Verlauf des Treffens der Gruppe "Frieden 83"
vom 25. 4. - 27. 4. 1986 in der Altstadtgemeinde Weissenfels

In der Zeit vom 25. 4. - 27. 4. 1986 fand in der Altstadtgemeinde
("Schütze") Weissenfels, in Fortführung der 1983, 1984 und 1985
durchgeführten Treffen eine weitere Zusammenkunft der überregio-
nalen "Friedensgruppe" der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz
Sachsen "Frieden 83" statt.

Die Organisierung, Vorbereitung und Leitung dieses Treffens erfolgte
in abgestimmter Zusammenarbeit zwischen

Pfarrer [redacted], [redacted]
OV "Johannes" - KD Wittenberg

und

Pfarrer Tautz, Lothar
OPK "Schütze" - KD Weissenfels.

In Analyseierung des Veranstaltungsverlaufs zeichnete sich ab,
daß der [redacted] für die inhaltliche Gestaltung und Themen-
arbeit verantwortlich war, während TAUTZ den organisatorisch-
technischen Ablauf gestaltete.

Diese Zusammenkunft alternativer kirchlicher "Friedenskräfte"
war darauf ausgerichtet,

- die jüngsten Beschlüsse und Direktiven des XIVII. Parteitag
der KPdSU und des XI. Parteitag der SED sowie ausgewählte
Reden der Gen. Gorbatschow und Honecker u. a. offizieller
staatlicher Dokumente für ihre alternative "Friedensarbeit"
zu analysieren und auszuwerten;
- Für die unmittelbar bevorstehenden Volkswahlen und die dazu
erwartete Volksausprache, Erfahrungen zu vermitteln und Mög-
lichkeiten aufzuzeigen, wie diese in ihrem Interesse beeinflusst
werden kann.

Die zur Unterbindung des politischen Mißbrauchs des Treffens der
Gruppe "Frieden 83" festgelegten differenzierten politisch-operati-
tiven Maßnahmen wurden realisiert.

In Gesprächen auf Kreis- und Bezirksebene durch Vertreter des
Staatsapparates mit dem Veranstalter wurde in verbindlicher Form
die staatliche Erwartungshaltung zum Ausdruck gebracht. Durch die
Vertreter der Kirche erfolgte in diesen Gesprächen die Zusage,
mit dem Treffen kirchlicher Friedenskräfte das Staat-Kirche-Verhält-
nis in keiner Form zu belasten.

Dokument 58: BStU, MfS, ZA, HA XX/AGK, Nr. 5666, Bl. 1-7

Im Ergebnis der eingeleiteten politisch-operativen Aufklärungs- und Sicherungsmaßnahmen konnte dokumentiert werden, daß an diesem Treffen der Gruppe "Frieden 83" ca. 65 Personen, davon ca. 15 aus Weissenfels, teilgenommen haben. (Anlage) (Wird nachgereicht). Es wurden Teilnehmer aus Wittenberg, Weissenfels, Herzberg, Torgau, Magdeburg, Gera, Dresden, Bitterfeld, Senftenberg, Mansfeld und Leipzig bekannt.

Zum inhaltlichen Verlauf des Treffens

Am Freitag, dem 24. 4. 1986, in der Zeit von 18.00 - 20.00 Uhr erfolgte die individuelle Anreise der Mehrzahl der Veranstaltungsteilnehmer. Nach der Klärung organisatorischer Fragen durch Pfarrer THUTE erfolgte ab 20.15 Uhr die thematische Arbeit. [redacted] gab den Teilnehmern in Form einer thematischen Einführung und einer anschließenden Übung die Möglichkeit, sich in der Argumentation und Gesprächsführung mit offiziellen staatlichen Stellen zur Friedensfragen, zu Fragen der Wehrbereitschaft zu qualifizieren und zu festigen. Als Grundlage hierbei verwendete SCHORLEMMER offizielle staatliche und kirchliche Aussagen. In tendenziöser Weise wurden hierbei die jüngsten Friedensvorschläge der KPDSU kritisch gestellt. Diese Position wurde auch dadurch unterstrichen, daß im Verlauf der Diskussion herausgearbeitet wurde, daß auf dem XI. Parteitag der SED der Dialog zwischen Staat und Kirche keinerlei Berücksichtigung fand.

Der erste Beratungstag endete um 22.30 Uhr mit der Bekanntgabe des weiteren Ablaufes des Treffens.

Am 25. 4. 1986 wurde das Treffen um 10.00 Uhr mit einer Morgenandacht eröffnet. Daran schlossen sich drei Vorträge zu folgender Thematik an:

- 1. Neue sicherheitspolitische Aspekte nach dem XXVII. KPdSU-Parteitag

Überleitend von der Morgenandacht eröffnete Pfarrer [redacted] sein Thema mit einem Zitat des Kirchenvaters TERULLIAN und definierte zunächst den Begriff "Frieden" auf der Grundlage des deutschen Wörterbuches sowie der Theologin [redacted]. Von der Ableitung Umfriedung versuchte er in synagischer Form die Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze im Sommer 1961 in Berlin zu verunglimpfen. Dazu zog er naturrechtliche Kriterien heran und setzte sich weiter mit dem gewaltsamen Krieg der USA gegen Nikaragua sowie Libyen auseinander und verurteilte in gleichen Zusammenhang die Maßnahmen der UdSSR in Afghanistan. In undifferenzierter Weise wird durch [redacted] jedes Friedensengagement der sozialistischen Staatengemeinschaft auf die gleiche Stufe gestellt, wie die Demagogie Reagans. Abschließend verweist der Redner darauf, daß die jüngsten Abrüstungsvorschläge von Gorbatschow jene Punkte beinhalten, welche von führenden kirchlichen Gremien bereits seit Jahren vertreten werden.

Im gleichen Zusammenhang unterstellt er, daß die Publikation der Reden von Gorbatschow in der DDR nur in begrenzter Form und für einen ausgewählten Personenkreis erfolge.

Der zweite Vortrag wurde unter dem Thema "Wie bereiten Bildung und Erziehung in der DDR auf ein Leben in Frieden vor?" Dabei führte der Propsteikatechet [redacted] (Wittenberg) aus, daß in der DDR ein Bildungssystem existiere, welches nicht schlechter ist, als vergleichbare in westlichen Ländern. Es muß jedoch davon ausgegangen werden, daß Erziehung zum Frieden, Erziehung zum Kampf für den Frieden beinhaltet. In analytischer Auswertung der Bildungsprogramme für Kindergarten und Unterstufe der POS sowie ausgewählter Beiträge und Sendungen der Massenmedien wird dem Staat eine Manipulierung und ein langfristiges Einwirken auf das Unterbewusstsein der Menschen vorgeworfen. Dieses wird von ihm auf der Grundlage konkreter Beispiele aus der Fachzeitschrift "Pädagogik" und dem Lehrbuch "Muttersprache 21 Klasse" sowie der Sendung "Der schwarze Kanal" verdeutlicht. Besser charakterisiert das DDR-Bildungssystem als "Treibhaus" zur Erziehung junger Menschen zum sozialistischen Patriotismus.

Rechtsanwalt SCHNUR ging in seinem Beitrag auf die rechtspolitischen Grundlagen für Wehrpflichtige in der DDR ein.

Zunächst setzte er sich kritisch mit den Ausführungen seines Vordrners zum Bildungssystem in der DDR auseinander. Dabei trat er den Nachweis an, daß die Hauptverantwortung und Pflicht bei der Erziehung der Kinder und Jugendlichen in erster Linie beim Elternhaus liegt, was auch in der Verfassung und im Familiengesetzbuch der DDR in verbindlicher Form geregelt ist.

Der Hauptteil seines Vortrages war auf die juristische Belehrung zur gesetzlichen Grundlage der Wehrpflicht ausgerichtet. Dabei ging er darauf ein, daß der Dienst als Bausoldat in verbindlicher Form rechtlich geregelt ist. Er appellierte als Christ an die Aufgabe und Verantwortung der Kirche, speziell zu dieser Frage unter den Christen aufklärend zu wirken, um die durch den Staat gebotene Alternative des Bausoldatendienstes für Christen besser nutzbar zu machen. Er verurteilte Aussagen und Beschlüsse führender kirchlicher Gremien, welche entwicklungsbedingte Spannungen als Tendenz darstellen und pauschalisieren. Mit diesem Vortrag endete der Vormittag.

Die Veranstaltung wurde nach der Mittagspause um 13.45 Uhr mit der thematischen Gruppenarbeit zu den gehörten Vorträgen fortgesetzt. Anhand der Pausendiskussionen der Veranstaltungsteilnehmer war zu erkennen, daß alle drei Vorträge mit ihren Aussagen keine nennenswerten Reaktionen ausgelöst hatten.

Als Leiter für die Gruppenarbeit wurden

- Gruppe 1: [redacted] (Wittenberg)

Gruppe 2: [REDACTED] (Wittenberg)

Gruppe 3: Rechtsanwalt SCHNUR (Binz)

bekannt.

Während der Gruppenarbeit wurde zu den Vorträgen themenbezogen diskutiert, wobei die Teilnehmer persönliche Erfahrungen aus der Basisarbeit anführten. Besonders deutlich wurde hierbei, daß differenziert, jedoch mitunter qualitativ gute, tiefgründige Kennnis zu den Parteitagedokumenten des XLVII. Parteitages der KPdSU und des XI. Parteitages der SED sowie weiterer aktueller Dokumente zu verzeichnen war. Im Ergebnis der Gruppenarbeit brachten die Diskussionssteilnehmer zum Ausdruck, daß der eingeschlagene Weg der positiven Aufarbeitung offizieller Aussagen von Partei und Regierung für die eigene Friedensarbeit nutzbringend weiterszuführen und dazu die Kontrollfunktion wahrzunehmen ist.

Der Beitrag des Rechtsanwaltes SCHNUR wurde dahingehend gewürdigt, daß mit der rechtlichen Aufklärung sich ein größerer Spielraum für engagierte Christen eröffnet, der bewußt wahrgenommen werden muß.

Die Auswertung der Gruppenarbeit endete mit der Vorlage eines bereits vorbereiteten Briefes als Ergebnisdokument dieses Treffens, welcher zur Diskussion gestellt wurde. (Anlage)

Die Arbeit wurde mit der Diskussion über Möglichkeiten zur direkten Einflußnahme auf die unmittelbar bevorstehenden Wahlen zur Volkammer und den Bezirkstagen fortgesetzt. Hierbei stellte Pfarrer [REDACTED] folgende Möglichkeiten des Wirksamwerdens zur Diskussion:

- Offensives Auftreten während der Übergabe der Wahlbenachti-
gungskarten;
- schriftliche Eingaben an die Abgeordneten zur Durchsetzung
der bekannten pazifistischen und alternativen Positionen;
- Teilnahme an Wählerforen mit vorbereiteten Beiträgen, wobei von positiven Ergebnissen ausgegangen werden sollte, um dann die kritischen Forderungen vorzutragen. Das Ziel besteht darin, diese Forderungen als Wahlerauftrag durchzusetzen.
- Nutzung des Wahlaktes selbst, um auf bestimmte Schwerpunkte zu orientieren, die im Sinne der bekannten Positionen liegen.

Die Beschriftung der Wahlzettel wurde durch [REDACTED] auf eine Anfrage hin verworfen, da nach seiner Kenntnis in einem solchen Fall mehr der Schrifturheber als der Inhalt untersucht wird und darüber hinaus ein solcher Wahlzettel ungültig ist.

Der thematische Teil des Treffens wurde mit der Festlegung eines Termines für die nächste Zusammenkunft beendet. Diese findet am 25. 10. 1986, um 09.30 Uhr in einer Magdeburger Kirchengemeinde statt. Als Organisator wurde die Familie

[REDACTED]
Magdeburg, [REDACTED]

benannt.

Der zweite Tagungstag fand mit einem Kulturprogramm des Weissenfeler Spielkreises "Verkündigung" seinen Abschluß. Dieses Programm wurde anlässlich der "Friedensdekade 85" erarbeitet und aufgeführt. Es war inhaltlich durch pazifistische Aussagen zur Wehr- und Verteidigungspolitik der DDR gekennzeichnet.

Seinen endgültigen Abschluß fand das Weissenfeler Treffen der überregionalen Gruppe "Frieden 83" mit einem Gottesdienst am Sonntag, dem 27. 4. 1986, um 10.00 Uhr in der Altstadtgemeinde des Veranstaltungsortes.

Das Treffen hatte keinerlei öffentlichkeitswirksamen Einfluß. Die eingeleiteten politisch-operativen und operativ-technischen Maßnahmen in Koordinierung der KD Weissenfels, der Abt. XX/4, VIII, 26 und -M- erwiesen sich als ausreichend und zweckmäßig. Die Einleitung weiterer politisch-operativer Kontrollmaßnahmen sowie die Gestaltung des Informationsflusses zu den entsprechend dem Erfassungsverhältnis von angefallenen Personen zuständigen Dienststellen wird veranlaßt.

Leitf der Kreisdienststelle

Jacobow
Jacobow
Oberstleutnant

Anlagen

BS:U

000006

Maßnahme -B- der Abt. 26

Offener Brief an die Gemeinden der Kirchenprovinz Sachsen

Wir sind eine überregionale Friedensinitiative, die sich seit 1983 regelmäßig trifft und versucht, verbindlich zu leben, was dem Frieden dient. In der Basiserklärung "Frieden 83" haben wir niedergelegt, zu welchem Denken und Tun wir uns selbst herausgefordert sehen. Auf unseren diesjährigen Frühjahrstreffen haben wir uns zur konkreten Gestaltung des internationalen Friedensjahres der UNO verständigt. Wir haben daher den Eindruck gewonnen, daß unsere Welt in den letzten Monaten auf eine höchst widersprüchliche Weise in Bewegung geraten ist und daß das widersprüchliche Gefühl auslöst. Einerseits sind wir beängstigt von der Hartnäckigkeit, mit der Gewaltpolitik durch neue gigantische Rüstungsvorhaben durchgesetzt werden. Andererseits sind wir ganz hoffnungsvoll.

So hat die UdSSR verbindlich und konkret vorgeschlagen, die Sicherheitspolitik weltweit auf eine neue Grundlage zu stellen. Vielleicht mußte es erst soweit kommen, daß unser aller Überleben so unmittelbar auf dem Spiel steht, ehe von uns und auch von anderen erkannt werden konnte, daß die Maxime der Bergpredigt rational politikfähig, ja alternativlos erscheint. Wir sind überrascht und berührt davon, daß der führende Repräsentant der UdSSR öffentlich u. a. erklärt hat: "Es sind nicht mal eine beispielhafte Dummheit oder ein Verbrechen notwendig, damit es zum Schlimmsten kommt. Es genügt weiterhin, so zu handeln, wie Jahrtausendlang gehandelt wurde, sich bei der Lösung internationaler Angelegenheiten auf bewaffnete und militärische Stärke zu verlassen und sie im gegebenen Fall auch anzuwenden. Mit diesen Jahrtausende alten Traditionen muß jetzt unbarmherzig gebrochen werden. Man muß für immer auf sie verzichten. Sonst kann sich das Problem des Überlebens der Menschheit als unlösbar erweisen. Im Atomzeitalter kann man nicht bzw. nicht lange mit der Psychologie der Gewohnheiten und Verhaltensweisen der Steinzeit leben. Ist eine so jähe Wende in den internationalen Angelegenheiten im außenpolitischen Denken und Handeln nicht eine tiefst revolutionäre Aufgabe?"

"Unsere Politik enthält keine Fußangeln. Wir bieten dem Westen nicht die geballte Faust, sondern die offene Hand dar. Wir möchten betonen, wir suchen nach Wegen zur gegenseitigen Verständigung und zur Begrenzung des Wettüstens. Nicht aus Schwäche, wir brauchen den Frieden, aber nicht nur wir, sondern alle. Unsere Politik wird um die Sorge der Menschheit zum Überleben der vielleicht einzigen Zivilisation im kosmischen Weiten der Galaxis. Das macht uns Hoffnung, auch wenn wir sehen, daß wir einen Magnet vor uns haben, auf den sich das praktisch auswirkt. Aber es wird nur wirken, wenn wir alle, jeder Einzelne, das ihm Mögliche dazu tut. Statt nur zu beobachten, abzuwarten. Wir haben nun den Eindruck, daß ein Echo, das den Hoffnungsimpulsen angemessen wäre, ausbleibt, sogar in unserem Lande."

BS:U

000007

2

Viele ~~erwarten~~^{hoffen}, selbst unter den Politikern, die sind friedensmüde geworden. Wir möchten dieser Apathie entgegenwirken, indem wir selbst jedes positive Signal genau wahrnehmen und dann hoffnungsvoll neu ins Gespräch bringen, jeden noch so kleinen Schritt in die richtige Richtung wagen.

Wir bitten Euch, liebe Mitchristen in unserem Land, Euch genau zu informieren, Eure eigenen Voraussetzungen zu überprüfen und zu überlegen, wie dieses revolutionäre Umdenken mit der von Christen erwarteten Umkehr übereinstimmt. Wir bitten Euch, dies in Kirche, Berufsleben oder in der Schule zu diskutieren, und es zu verbreiten. Auch Eure ökumenischen Kontakte sind dabei eine wichtige Ergänzung. Richtige Gedanken haben es in dieser Welt schwer. Rückschläge und derbe Enttäuschung erleben wir. Wir brauchen Mut, Geduld und Ausdauer. Wir brauchen engagierte, hoffnungsvolle Mitdenker und Mittäter, sie brauchen uns, sie brauchen uns alle.

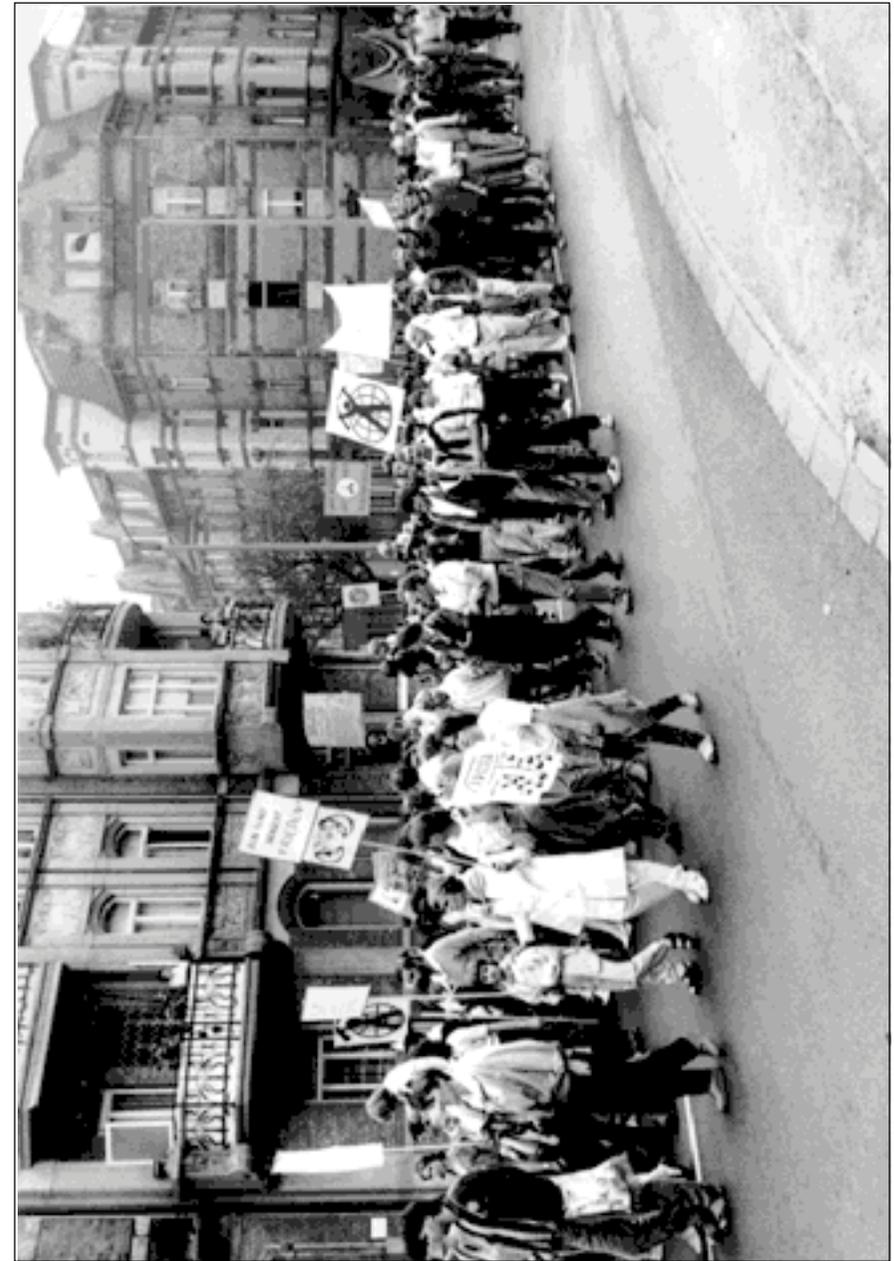
Der Segen Christi geleite uns!

P.d.R.d. Angaben

Stein
Leutnant



Olof-Palme-Marsch Wittenberg (Foto Privatarchiv Friedrich Schorlemmer), vgl. auch „Aufgeklärte Träger von Plakaten und Transparenten mit operativ bedeutsamem Inhalt“ vom 6.9.1987 mit weiteren Fotos (BStU, Ast. Halle, Abt. XX, SA Nr. 129, Bl. 142ff.)



Olof-Palme-Marsch Wittenberg (Foto Privatarchiv Friedrich Schorlemmer)

Offene Worte auf Kirchentag in Halle

„Bleib im Lande und wehre dich täglich“

Von AP-Korrespondent Ingomar Schwefel

Der Applaus war groß. Die Politik Michail Gorbatschows sei „prophetisch“, hatte der englische Priester Paul Oestreicher aus Coventry in der Pauluskirche in Halle verkündet. Einige hundert Meter entfernt, in der Johannisgemeinde, nennt gleichzeitig der Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer den sowjetischen Parteichef einen „Moralisten mit politischem Sachverstand“. Auf dem regionalen Kirchentag in Halle war am Wochenende der Kommissar Gorbatschow die Lichtgestalt.

Im Zeichen der Hoffnung

Das Leitertreffen stand ganz im Zeichen der Hoffnung, daß die sowjetischen Reformbestrebungen auch in der DDR auf fruchtbareren Boden fallen. „Bleib im Lande und wehre dich täglich“ oder „Wir leben die DDR grenzenlos“ stand doppeldeutig auf Plakaten und Transparenten an den Tagungsorten zu lesen. Und auch ein Zitat Martin Luthers fehlte nicht. „Die Zeit des Schweigens ist vergangen, die Zeit zu Reden ist gekommen.“ Daß die Verwirklichung dieser Aufforderung im anderen deutschen Staat auf Barrieren stößt, zeigten nach Ansicht von Kirchtagbesuchern die letzten Eingriffe der Staatsmacht in der Berichterstattung von Kirchenzeitschriften.

Anmaßung vorgeworfen

Am Sonntag früh hörten es alle Gottesdienstbesucher im Raum der evangelisch-lutherischen Kirche in Thüringen von der Kanzel. Das Wort „Glaube und Heimat“ habe in der Vorwoche nicht erschallen können, weil es sich angelehnt habe, als Stellvertreterin in Sachen Glaube auf sich in die Angelegenheiten des Staates einzumischen. So jedenfalls gaben die Pfarrer die Interpretation der zuständigen staatlichen Stellen wieder.

Stuhl blieb leer

Vertreter der registrierten SED nahmen nicht an den Veranstaltungen des Kirchentags teil. Symbolisch für diese Art Sprachlosigkeit zwischen Kirche und Staat blieb ein Stuhl auf dem Podium der Arbeitsgruppe vier in der Johannisgemeinde leer. In der Johannisgemeinde richteten Kirchentagsmitarbeiter demokratisch „Fragen an den leergebliebenen Stuhl“, wie sich ein Teilnehmer ausdrückte. Warum es denn keine Pressefreiheit im Lande gebe, fragte er-

ner, ein anderer, warum sich DDR-Betriebe nicht an die Umweltschutzbestimmungen halten. Und draußen vor der Tür stand ganz groß zu lesen: „Was zählt, ist nicht das Argument der Macht, sondern die mächtigen Argumente.“

20 Thesen zur gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung hatte ein Wittenberger Kreis in der Arbeitsgruppe „Unruhe“ für die weite - wo gesellschaftliche Erneuerung nötig wird“ zur Diskussion vorgelegt. Erinnerungen an Reformator Luthers Thesenanschlag in Wittenberg im Jahr 1517 seien gewollt, sagte ein Pfarrer. Von der Revision des DDR-Strafgesetzbuches bis zu einem neuen Wahlgesetz, von einer offenen Medienpolitik bis zur Errichtung einer unabhängigen Verwaltungsverantwortung reichten die Forderungen.

Gegen Apathie

Pfarrer Schorlemmer wandte sich gegen die „Apathie“ in der Gesellschaft, gegen eine „Zuschauermentalität“. Die Thesen fanden Anklang, sie sollen in den nächsten Monaten in die Arbeit der Gemeinden einfließen. Als „Erinnerung zur Einmischung und zum Mitmachen in der Gesellschaft“ seien sie gedacht, sagte der Pfarrer.

Es war der bisher politischste der insgesamt vier regionalen Kirchentage der DDR im Juni. Aufbruchstimmung herrsche hier, konnte ein Besucher. Noch nie habe er so viel einseitige kritische Sätze von DDR-Bürgern gehört. Vom Alkoholkonsum bis hin zur Umwelterziehung - kaum ein Problem der entwickelten sozialistischen DDR-Gesellschaft blieb auf dem Kirchentag ausgespart. Nur das Thema Apathie wurde weniger behandelt.

Überraschende Punkte

Angesprochen wurde es aber vom Kirchenkatheten einer jungen Gemeinde aus dem Eisenstädter Torgau. Die Schwarzpulver spielen eine Rolle, in der ein DDR-Bürger einen Ausreisestiefel stellt. Er wird auf die Krise in seinem vermeintlichen Wunschland hingewiesen und antwortet, sie sei doch überwunden. Dann hält man ihm die Arbeitslosigkeit vor. Er antwortet, von der wisse er nichts. Daß er stehe dort die Demokratie, sagt der Ausreisewillige. Als er schließlich gefragt wird, wozu er denn ausreisen wolle, lautet die Antwort: „in die Sowjetunion“

Dokument 59: Hessische/Niedersächsische Allgemeine vom 27.6.1988

Abteilung XX

Halle, 3. April 1989
4/hj-ki

Protokoll über eine Koordinierungsberatung zum feindlich-negativen Personenzusammenschluß "Frieden 83"

Zur Umsetzung der in der bestätigten Konzeption zur politisch-operativen Bearbeitung der Gruppierung "Frieden 83" vom 2. 2. 1989 sowie in der Präzisierung der Konzeption vom 2. 2. 1989 festgelegten Maßnahmen wurde am 29. 3. 1989 eine Koordinierungsberatung mit den mittleren leitenden Kadern der betreffenden Dienststellen in der SV Halle, Abteilung XX durchgeführt. Die Beratung wurde durch den stellvertretenden Leiter der Abt. XX, Gen. Major Schulze, geleitet.

Teilnehmer:

Major Predel	- SV Magdeburg, Abt. XX/4
Hptm. Große	- SV Leipzig, Abt. XX/4
Hptm. Fischer	- SV Erfurt, Abt. XX/4
Hptm. Lindecheid	- SV Cottbus, Abt. XX/4
Hptm. Heinrich	- SV Halle, Abt. XX/4
Oltm. Kiesecke	- SV Halle, Abt. XX/4
Major Weigert	- SV Halle, KD Bitterfeld
Major Gröber	- SV Halle, KD Wittenberg
Oltm. Baumann	- SV Halle, KD Weißenfels
Ltn. Franke	- SV Cottbus, KD Herzberg

Ziele der Koordinierungsberatung:

- Lageeinschätzung zum Stand der politisch-operativen Bearbeitung der Gruppierung "Frieden 83".
- Analyse bestehender operativer Möglichkeiten der betreffenden Dienststellen zur weiteren operativen Durchdringung.
- Festlegung von Maßnahmen zum weiteren Vorgehen in der politisch-operativen Bearbeitung auf der Grundlage der genannten Konzeption.

Inhaltliche Schwerpunkte:

- Nach dem vorliegenden Erkenntnisstand der Abteilung XX der SV Halle als federführende Dienststelle in der politisch-operativen Bearbeitung der Gruppierung "Frieden 83" erfolgte, ausgehend von den inoffiziell erarbeiteten Informationen, zum letzten Treffen des Personenkreises am 21./22. 10. 1988 in Torgau eine Darlegung zu aktuellen Entwicklungstendenzen, der personellen Zusammensetzung sowie zu maßgeblichen Inspiratoren und Organisatoren des Zusammenschlusses.

Dokument 60: BStU, Ast. Halle, Abt. XX, SA Nr. 1570, Bl. 22-25



6:07

2

In der sich anschließenden Diskussion konnten aus der Sicht der beteiligten Dienstseinheiten folgende Grundaussagen bestätigt bzw. neue Erkenntnisse erarbeitet werden:

- Es ist davon auszugehen, daß trotz 135 im Zusammenhang mit "Frieden 83" registrierten Personen nur ein geringer ständiger Kreis, wie

Schorlesmer/Wittenberg
Sachse/Torgau
Tautz/Weißenfels
Noack/Wolfen

aktiv ist, wogegen es sich bei den anderen Personen um zumeist einmalige Teilnehmer an Treffen handelt, die als Delegierte regionaler Gruppen in Erscheinung treten.

- Die Arbeit der Gruppierung ist insgesamt als konzeptionslos, oberflächlich und ausschließlich informativ zu aktuellen Erscheinungen einzuschätzen. Die Aktivitäten der genannten Inspiratoren zielen auf eine Beeinflussung von Beschlüssen der Bundessynode sowie der Synoden der Landeskirchen im feindlich-negativen Sinne hin.
- Die Arbeit der Gruppierung richtet sich gegen gesellschaftliche und kirchliche Strukturen, was einen Angriffspunkt zur Forcierung des innerkirchlichen Differenzierungsprozesses bildet.
- Die Mitglieder der Gruppierung sind zumeist auch als Vertreter des Zusammenschlusses "Frieden konkret" oder weiterer regionaler Friedens- und Uko-Gruppen operativ in Erscheinung getreten.
- Nach Informationen der KD Wittenberg fand im März 1989 eine Zusammenkunft des "Schorlesmer-Kreises" statt, in deren Mittelpunkt die weitere Arbeit von "Frieden 83" stand. Dabei wurde die Möglichkeit der Auflösung der Gruppierung in Erwägung gezogen. Zustimmung fand jedoch ein weiterer Vorschlag, der darauf abzielt, die überregionale Verteilung der Mitglieder im gesamten Bereich der DDR zu nutzen, um zielgerichtet, und durch einzelne Aufgabenstellungen an die Vertreter organisiert, die Umsetzung der KSZE-Schlußakte zu kontrollieren und zu analysieren.
Die Thematik könnte Diskussionsgrundlage für das nächste Treffen der Gruppierung voraussichtlich am 24. 6. 1989 in Magdeburg, Martinsgemeinde, bilden.



3

- Nach Informationen der BV Magdeburg, Abteilung XX, sind derzeit keine konzentrierten Vorbereitungen für das nächste Treffen festzustellen. Die verstärkte Hinwendung des Mitinitiators

[REDACTED]

auf Fragen des KSZE-Prozesses und der Demokratie und Menschenrechte in der DDR bestätigt die mögliche neue Zielrichtung der Gruppierung.

- Nach dem derzeitigen Stand kann die inoffizielle Durchdringung der weiteren geplanten Treffen zur Deckung des bestehenden Informationsbedarfes gewährleistet werden.

Weitere Aufgabenstellungen:

1. Aufklärung der Zielstellungen der Gruppierung sowie weiterer Pläne, Absichten und Aktivitäten durch den Einsatz der IM

"Lutz Renner"	- BV Cottbus, KD Herzberg
"Robert"	- BV Halle, KD Wittenberg
"Gitte"	- BV Halle, KD Wittenberg
"Marc Aurelius"	- BV Halle, KD Bernburg
"Anke Köhler"	- BV Halle, Abt. XX
"Günter Schreiber"	- BV Halle, Abt. XX

insbesondere zur nächsten Zusammenkunft von "Frieden 83" im Juni 1989 in Magdeburg.

2. Schaffung von Voraussetzungen zur Forcierung des innerkirchlichen Differenzierungsprozesses über die inoffizielle Basis und die Partner des operativen Zusammenwirkens.
3. Verhinderung der weiteren Vernetzung der Gruppierung mit anderen überregional wirkenden kirchlichen Zusammenschlüssen.

Darüber hinaus behalten die in der Konzeption zur politisch-operativen Bearbeitung der Gruppierung "Frieden 83" und in deren Präzisierung festgelegten Aufgabenstellungen ihre weitere Gültigkeit.

Weitere Maßnahmen:

- Gewährleistung des sofortigen Informationsflusses zu aktuellen Erkenntnissen an alle betreffenden Dienstseinheiten über die Abteilung XX der BV Halle.

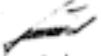
4

1989
 888425

4

- Durchführung einer Koordinierungsberatung der IM-führenden Dienstseinheiten in der 1. Woche des Monats Juni 1989 zur Abstimmung des IM-Einsatzes zum geplanten Treffen der Gruppierung auf der Grundlage vorliegender aktueller Erkenntnisse.
- Durchführung einer weiteren Koordinierungsberatung unter Teilnahme der Hauptabteilung XX/4 und allen beteiligten Dienstseinheiten im September 1989 zur Festlegung weiterer operativer Vorgehensweisen in der politisch-operativen Bearbeitung der Gruppierung.
- Erarbeitung einer zusammenfassenden Einschätzung zum Stand der realisierten politisch-operativen Maßnahmen bis zum 30. 9. 1989.

Referatsleiter


 Heinrich
Hauptmann


 Kieseke
Oberleutnant

Leiter der Abteilung


 Oger
Oberst

IX Arbeitskreis Solidarische Kirche (AKSK)

Wer für die Demokratisierung der Gesellschaft kämpft, muss auch demokratische Strukturen am Arbeitsplatz wollen, selbst wenn es sich um einen kirchlichen handelt. Das überlegten sich die angehenden Vikarinnen und Vikare des Jahrgangs 1983/84 am Wittenberger Predigerseminar, wiederum im Gespräch mit Friedrich Schorlemmer. Eine Gewerkschaft für kirchliche MitarbeiterInnen sollte gegründet werden, so meine Idee und die fiel bei der Seminargruppe auf fruchtbaren Boden (Dok. 61, S. 127ff., hier: 1. abgeb. Blatt). Es gab inzwischen ein Menge Theologinnen und Theologen, die aus verschiedensten Gründen in Schwierigkeiten mit ihrer Kirchenleitung gekommen waren. Das war durchaus von Landeskirche zu Landeskirche anders: In Thüringen und Anhalt konnte man vor allem Ärger bekommen, wenn man sich politisch zu aufmüpfig verhielt, in Sachsen und „Pommern“ konnte es leicht mal mit der Frömmigkeit hapern und in Görlitz und der Kirchenprovinz achtete man besonders auf die Moral der PfarramtsanwärterInnen.

1985 nahm der nächste Predigerseminarkurs den Gedanken auf: Es sollte aber nicht nur um eine Gewerkschaft gehen, sondern um eine allgemeine solidarische Interessenvertretung der Mitglieder gegenüber Kirche und Gesellschaft auf DDR-Ebene (ebenda). Eine kleine Initiativgruppe bildete sich, in deren Namen Martin König und Ulrich Stockmann alle für uns erreichbaren potentiellen InteressentInnen zum 7. Oktober 1985 nach Berlin in die Stephanus-Stiftung einluden (Dok. 62, S. 132f.). Das Datum gründete nicht in einem besonders perfiden staatsfeindlichen Gedanken, sondern hing ganz einfach damit zusammen, dass an diesem staatlichen Feiertag auch die Kirchenleute frei hatten, aber nicht demonstrieren mussten. (Das taten sie vier Jahre später freiwillig.) So fanden seither unsere Vollversammlungen immer am 1. Mai und am 7. Oktober statt (Dok. 61, S. 127ff., hier: 4. abgeb. Blatt, S. 130).

Bei einem zweiten Vorbereitungstreffen hatten wir schon einen stattlichen Themenkatalog für den „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ – wie unsere Organisation heißen sollte – zusammengestellt und uns über einen Vorschlag für das Selbstverständnis und die Aufgaben geeinigt (Dok. 63, S. 134ff., hier: 2. abgeb. Blatt, S. 135), so dass wir als Ziel anpeilten: *Im Herbst (6.–7. 10.) [die] Gründungsversammlung des AKSK mit breiter Beteiligung* durchführen zu können (ebenda, hier: 4. abgeb. Blatt, S. 137). Die Gründung gelang, eine Basiserklärung wurde heiß diskutiert und mit Marianne Birthler, die als Mitarbeiterin im Berliner Stadtjugendpfarramt die größten Freiheiten hatte, kirchenkritisch und politisch zugleich zu agieren, bekamen wir eine erste Kontaktadresse (Dok. 61, S. 127ff., hier: 3. abgeb. Blatt, S. 129).

Weil die Basiserklärung eher als programmatische Inhaltsangabe zu verstehen war, brauchten wir noch einen organisatorischen Leitfaden für unsere Arbeit: Der wurde als „Rahmenordnung“ auf der nächsten Vollversammlung beschlossen, woraufhin wir nun ein demokratisch gewähltes Leitungsgremium bekamen – die zehnköpfige Koordinierungsgruppe (ebenda). Männer und Frauen mussten darin paritätisch vorhanden sein und wir waren besonders froh, mit der Regisseurin Freya Klier und dem Bauingenieur Uwe Lehmann zwei Leute dafür gewonnen zu haben, die in „weltlichen“ Berufen arbeiteten.

Damit war der AKSK voll handlungsfähig und wuchs bis zum Herbst 1989 auf mehr als 300 Mitglieder an, deren Regional- oder Basisgruppen in der ganzen DDR zu finden waren. Aktionen zum Selbstzweck allerdings gab es nicht. Das MfS stellte in diesem Zusammenhang fest: *Bei den Mitgliedern des AKSK ist operativ zu beachten, daß sie gleichfalls in anderen kirchlichen Gruppierungen, wie „Kirche von unten“, Friedenskreisen usw., aktiv engagiert sind.* (ebenda, hier: 4. abgeb. Blatt, S. 130). So war es nur konsequent, dass wir während der VII. Vollversammlung vom 6.–8. Oktober 1989 zwar allen neuen demokratischen Gruppen ein Forum boten, aber als Organisation nicht selbst in den Umgestaltungsprozess eingriffen (Dok. 64, S. 138).

BStU
000003

Hauptabteilung XX/4 Berlin, 7. 9. 1987
I/ja-ac

AKSK
/

67

S a c h t a n d s b e r i c h t

Über bisher vorliegende Erkenntnisse zur Etablierung eines Arbeitskreises "Solidarische Kirche" (AKSK) im Bereich des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR

Bei dem Arbeitskreis AKSK handelt es sich um den Versuch, eine Art "gewerkschaftliche Basisbewegung" in den evangelischen Kirchen der DDR mit der Herausbildung fester Organisationsstrukturen zu schaffen. In der Zielstellung wird nach bisher vorliegenden Informationen eine "Demokratisierung" innerhalb der Kirche, aber auch weitergehend auf den Staat und die Gesellschaft bezogen, angestrebt. Nach vorliegenden operativen Hinweisen wurden erste Aktivitäten dazu von dem operativ bekannten

TAUTZ, Lothar
jetzt Kreisjugendpfarrer in Weißenfels

bereits 1985 am Predigerseminar in Wittenberg entwickelt. TAUTZ setzte sich für die Gründung einer AKSK ein, welche nach seinen Vorstellungen eine Art "Pfarrergewerkschaft" darstellte.

Innerhalb der Evangelischen Landeskirche Westfalen/BRD existiert ein Arbeitskreis "Solidarische Kirche", welcher der Friedensbewegung nahe stehen soll. Kontakte dieses Arbeitskreises wurden im September 1986 zur Evangelischen Studentengemeinde Neuburg bekannt.

Im Juni 1988 wurde von weiteren Initiatoren, welche der politischen Untergrundtätigkeit und dem Verbindungskreis von TAUTZ und weiterer feindlich-negativer Personen, wie z. B. TEMPLIN, Wolfgang/Berlin, zuzurechnen sind, eine Basiserklärung des AKSK entworfen und eine erste Vollversammlung vorbereitet. In diesem Entwurf wurde deutlich, daß sich der Arbeitskreis innerhalb kirchlicher Strukturen auf der Ebene des BEK in der DDR organisieren soll.

Eine erste Vollversammlung des AKSK fand am 6./7.10.1986 im Gemeindehaus Berlin-Karlshorst/Eginhardtstr. statt, an der ca. 50 bis 60 Personen aus verschiedenen Bezirken der DDR, jedoch vorwiegend aus Berlin, teilnahmen. Als Kontaktadresse für dieses Treffen fungierte die jetzige Mitarbeiterin des Stadtjugendpfarramtes Berlin, BIRTHLER, Marianne.

Dokument 61: BStU, MfS, ZA, HA XX/4, Nr. 1626, Bl. 3–8

BStU
000004
2

Im Mittelpunkt stand die Diskussion zum Inhalt der sogenannten Basiserklärung. Es wurde beschlossen, politisch-negative inhaltliche Passagen, wie z. B. eine Einwirkung auf gesellschaftliche Bereiche herauszunehmen und die Basiserklärung neu zu überarbeiten. Es kam nicht zum Beschluß einer neuen Basiserklärung, sondern man einigte sich darauf, die geänderte Basiserklärung (siehe Anlage) bei der nächsten Zusammenkunft vorzulegen und zu beschließen. Uneinigkeit gab es über die Zielstellung der konzeptionellen Arbeit des AKSK.

Von kirchlichen Mitarbeitern, wie z. B. Karin BOGAN, Michael FRENZEL und Tobias OLSCHOWSKI/alle Berlin wurde auf eine konzeptionelle Ausrichtung der Arbeit hinsichtlich der Schaffung eines Organs von kirchlichen Mitarbeitern zur Einflußnahme auf innerkirchliche Prozesse orientiert, hingegen Vertreter wie Wolfgang TEMPLIN den Arbeitskreis als Sprachrohr gegen angebliche Menschenrechtsverletzungen in der DDR bzw. zur Diskussionsbasis für Ökologie- und Friedensfragen nutzen wollten. Zu diesen Fragen konnte keine Einigung erzielt werden. Die Versammelten sprachen sich dafür aus, Eingaben an die Kirchenleitung zur Abänderung der kirchlichen Lebensordnung und der geforderten Heirat für kirchliche Mitarbeiter zu machen.

Eine weitere Zusammenkunft des AKSK fand als "Ideenkonferenz" am 6.11.1986 in der Wohnung der Gemeindepädagogin

Britta ALBRECHT
Berlin, 1035
Scharnweberstr. 50

statt.

Von 40 eingeladenen Personen erschienen nur 16. Zu diesem Treffen wurde eingeladen, weil es während der ersten Vollversammlung keine grundlegenden Entscheidungen zum Inhalt der weiteren Arbeit gab. Während der Zusammenkunft am 6. 11. 1986 konnte jedoch dazu auch keine Einigung erzielt werden.

Verteilt wurde während der Zusammenkunft eine Handlungsorientierung des Arbeitskreises "Solidarische Kirche" (siehe Anlage) und die überarbeitete "Basiserklärung".

Da man auch auf der ersten Vollversammlung noch keinen Koordinierungsausschuß gewählt hatte, wurde jetzt eine "Initiativgruppe" gebildet. Durch diese "Initiativgruppe" sollte die zweite Vollversammlung im Frühjahr 1987 vorbereitet werden.

Der gebildeten "Initiativgruppe" gehörten an:

ALBRECHT, Britta/Gemeindepädagogin	Berlin
BERCHNER, Jeanette	-
BIRTHLER, Marianna/Katechetin	-
GOERTZ, Jochen/Kreisjugendpfarrer	Kleinenhausen/Erfurt
HOCK, Dorothea/kirchl. Mitarbeiterin	Berlin
König, Martin/Pfarrer	Briest/Frankfurt/Oder
LEHMANN, Uwe/Bauingenieur	Berlin
SACHSE, Christian/Pfarrer	Torgau/Leipzig
SCHIRGE, Bettina	Leipzig

SCHUSTER, Birgit	Wettin/Halle
STOCKMANN, Ulrich/Diakon	Berlin
TAUTZ, Lothar/Kreisjugendpfr.	Weißenfels/Halle
TONNDT, Christoph/Verkäufer	Berlin

Operativ bedeutsam ist, daß die Personen GOERTZ, HOCK, KÖNIG, SACHSE und TAUTZ zur gleichen Zeit an katechetischen Oberseminar Naumburg studierten und sich bereits von daher kennen. 1977 gehörten sie einer Gruppierung an, welche Unterschriften für das "Querfurter Papier" (ähnlich der "Charta 77") sammelten. Während der Zusammenkunft wurde durch STOCKMANN über die Inhaftierung und den bevorstehenden Prozeß zu Reinhard LAMPE/Berlin sowie über die Bildung einer "Initiativgruppe" zur Unterstützung des L. durch Ludwig MEHLHORN/Berlin informiert. STOCKMANN forderte auf, an der geplanten Gerichtsverhandlung am 10. 11. 1986 teilzunehmen, wozu jedoch keine Einigung während der Zusammenkunft erzielt werden konnte.

Im Ergebnis des Treffens wurde eine weitere Zusammenkunft am 3. 12. 1986 in der Wohnung des Wolfgang TEMPLIN, Schönholzer Str. 12, Berlin, 1100 geplant.

Über dieses Treffen des AKSK liegen der HA XX/4 keine konkreten Informationen vor. Nach inoffiziellen Hinweisen kam es zur Herausbildung einer Berliner Gruppierung des AKSK, welche vorwiegend am Stadtjugendpfarramt Berlin angesiedelt sind. Inoffiziell wurde eingeschätzt, daß diese Gruppierung nach und nach einschläfer würde und das Interesse stark zurückgegangen sei.

Durch die "Initiativgruppe" wurde im März 1987 zu einer zweiten Vollversammlung vom 31. 5. - 2. 6. 1987 in die Pennpflughalle—Berlin-Lichtenberg zum Thema "Macht in der Kirche" eingeladen. Als Kontaktadresse fungierte Britta ALBRECHT, Scharnweberstr. 50, Berlin, 1035.

An dieser zweiten Vollversammlung nahmen ca. 50 Vertreter teil. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung standen Diskussionen über den Umgang mit der Macht in der Kirche, der Austausch von Erfahrungen zu Aktivitäten einzelner Gruppierungen, die Auswertung sogenannter Basispapiere und die Wahl einer sogenannten Koordinierungsgruppe. Im Ergebnis der Diskussionen wurde eine Rahmenordnung (siehe Anlage) des AKSK verabschiedet und eine Koordinierungsgruppe gewählt, welche die Aufgabe hat, zur Bildung regionaler Gruppen beizutragen und eine nächste Vollversammlung vom 6. - 8. Oktober 1987 in Leipzig vorzubereiten.

Der Koordinierungsgruppe gehören an:

[REDACTED]	Berlin
[REDACTED]	Berlin
[REDACTED]	Leipzig
[REDACTED]	Berlin
[REDACTED]	Berlin
[REDACTED]	Briest/Frankfurt/Od
[REDACTED]	Berlin
[REDACTED]	Neinstedt/Magdeburg
[REDACTED]	Magdeburg
[REDACTED]	Berlin

BStU
000006
4

Weitere folgende Beschlüsse wurden während der Zusammenkunft gefaßt:

- Solidarisierung mit der Aktion "Kirchentag von unten"
- Unterstützung des Antrages der Bartholomäus-Gemeinde Berlin an die Synode zur "Aussage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung"
- eine Aktion "Solidarität konkret", in welcher dazu aufgefordert wird, Briefe an Kirchenpräsident NATHO/Dessau zur Auseinandersetzung zu einer am 23. 5. 1987 in Bernburg stattgefundenen Veranstaltung mit Stefan KRAWCZYK und Freya KLIER zu senden. Der zuständige Pfarrer führte die Veranstaltung trotz Verbot durch die Kirchenleitung durch.

Die Veranstaltungen des "Kirchentages von unten" im Zeitraum vom 26. - 28. 6. 1987 wurden von Vertretern des AKSK genutzt, um ihre Aktivitäten vorzustellen und Papiere zur Information über ihren Arbeitskreis zu verteilen. In einer Information über "Solidarische Kirche" wird folgende Eigendarstellung skizziert:

- "Solidarische Kirche" ist Öffentlichkeit und bietet ein Forum für "heiße" Themen, für Projekte und Projektgruppen und für Minderheiten zur Selbstdarstellung;
- "Solidarische Kirche" meint: die Kirche ist der Fall einer Institution, die den Widerspruch zu sich selbst mit institutionalisieren muß;
- "Solidarische Kirche" versteht sich als Basisbewegung von denen, die in Kirche und Gesellschaft an einem Mangel an Solidarität und Toleranz leiden;
- "Solidarische Kirche" ist Basis demokratisch organisiert. Alle Entscheidungen fällt die Vollversammlung. Der Koordinierungsausschuß wird jedes Jahr nach dem Rotationsprinzip gewählt.
- "Solidarische Kirche" ist ein Arbeitskreis in der Kirche.
- Der "Solidarischen Kirche" gehört an, wer sich im Sinne der Basiserklärung einsetzt und seine Adresse im Koordinierungsausschuß hinterlegt.
- "Solidarische Kirche"/Vollversammlungen finden jeweils am den 1. Mai und 7. Oktober statt.

Bei den Mitgliedern des AKSK ist operativ zu beachten, daß sie gleichfalls in anderen kirchlichen Gruppierungen, wie "Kirche von unten", Friedenskreisen usw., aktiv engagiert sind.

000007

5

Die Mehrzahl der Personen sind als Inspiratoren und Organisatoren politischer Untergrundtätigkeit operativ bekannt und werden durch unterschiedliche Dienststellen operativ bearbeitet. Intern wurde bekannt, daß durch den in der DDR akkreditierten BRD-Journalisten RÖDER/spd große Aufmerksamkeit des AKSK geschenkt wird und seine Ehefrau diesbezüglich Kontakte zum Marianne BIRTHLER unterhält.

Die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg nimmt zu diesen ihm bekannten Vorgängen eine noch abwartende Haltung ein. Generalsuperintendent KRUSCHE/Berlin hat intern zum Ausdruck gebracht, daß er alles unternehmen werde, um diese "Bewegung" nicht zum tragen lassen zu kommen.

Anlagen

Basiserklärung
Rahmenordnung
Handlungsorientierung
bisher operativ bekanntgewordene Personen

000008

Es werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Zur Festlegung eines abgestimmten politisch-operativen Vorgehens, insbesondere eines koordinierten IM-Einsatzes, gegen eine weitere Etablierung des Arbeitskreises AKSK wird eine Beratung mit den zuständigen Dienststellen durchgeführt. Eine erste Beratung erfolgt im Rahmen der Vorbereitung der Synode des BEK (18. - 22. 9. 87 in Görlitz).
2. Die bisher operativ bekanntgewordenen leitenden Vertreter des AKSK werden durch die territorial zuständigen Referate XX/4 der Bezirksverwaltungen in OPK operativ bearbeitet.
3. Auf den Koordinierungsberatungen mit den Bezirksverwaltungen werden auf der Grundlage der Bearbeitungskonzeption der evangelischen Landeskirchen Absprachen durchgeführt und Maßnahmen zur inoffiziellen Durchdringung des AKSK konkret festgelegt.
4. Einschätzung des Sachverhaltes durch die Hauptabteilung IX/2 hinsichtlich der Heranziehung der Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen.
5. Über den Einsatz von IM in Schlüsselpositionen und die Dienststelle des Staatssekretariates für Kirchefragen ist zu erreichen, daß innerkirchliche Auseinandersetzungen mit dieser Gruppierung erfolgen und weitere Aktivitäten unterbunden werden.

Berlin, den 22.9. 1985

Liebe Freundinnen und Freunde!

Dies septimus non ipai erimus -
der siebente Tag werden wir selbst

In vielen Gesprächen hat sich gezeigt, daß nach Abschluß der Ausbildung
XXII)

für uns eine völlig neue Situation
entstanden ist, die einer kritischen Erörterung bedarf. Wir wollen
begonnene theologische Grundsatzdiskussionen gemeinsam fortführen
und die Meinungs- und Willensbildung in bezug auf kirchenpolitische
Entwicklungen vorantreiben; um Lösungsmöglichkeiten für
strukturelle Probleme unserer Kirche zu finden und besser durch-
setzen zu können. Zum Beispiel hat einige von uns die Vakanz-
problematik und die damit zusammenhängende Entscheidungspraxis der
Kirche beschäftigt. Offen zu Tage liegt die Notwendigkeit, sich
mit Einzelnen wirkungsvoll zu solidarisieren (Homosexuelle, "ehe-
ähnliche" Gemeinschaften, Ledige mit Kind u.a.m.); ebenso die
Unterstützung von engagierten Gruppen (Frauen-, Friedens- Uko-
gruppen).

Damit wir uns diesen Aufgaben angemessen stellen können, erscheint
uns eine selbständige Organisationsform und ein funktionierendes
Kommunikationsnetz erforderlich. Zusammen wollen wir die Möglich-
keiten dafür auf einem Treffen diskutieren.

Wir bitten euch zu einem ersten Gespräch am 7. und 8. Oktober in
der Stephanus-Stiftung (Berlin-Weissensee, Albertinenstr. 20-29).

Zeit: 7.10. 13 Uhr bis 8.10. 13 Uhr.

Trotz der für die meisten von uns sehr kurzfristigen Information
wäre es gut, wenn Ihr kommen könntet.

Wir grüßen euch mit Gal 5,1: Zur Freiheit hat uns Christus befreit.
Stehet nun fest, daß Ihr nicht wieder dem Joch der Knechtschaft
unterworfen werdet.

Martin König und Ulrich Stockmann

PS. Falls ihr verhindert, aber prinzipiell interessiert seid
wären wir für eine Antwort dankbar. Darüber hinaus könntet Ihr
sich ansprechen, der seinerseits daran interessiert ist.

(Die Adressen: Ulrich Stockmann, 1055 Berlin, Wörtharstr. 26,
Martin König, 1321 Briest/Peseow, Dorfstr. 30,
Tel. 149)

Vorschlag für eine Tagungsordnung

Referate werden nicht gehalten. Wir wollen unsere unterschiedlichen
Erfahrungen und Überlegungen zusammentragen und die Bedingungen
für eine gemeinsame Arbeit prüfen.

7. Oktober: Begrüßung und Diskussions Einstieg

14 - 16 Uhr: Erfahrungen mit Kirche

- Welche persönlichen Schwierigkeiten haben wir im
Blick auf unsere Arbeit?
- an welchen Strukturen und Verfahrenswesen läßt
sich unser Unbehagen an der "Antekirche" fest-
machen?
- welche theologischen und politischen Problemen
wird sich die Kirche in der Zukunft stellen müssen?

16 Uhr Kaffee

16.30 - 19.30 Uhr: Theologische Existenz heute

- wie können wir theologisch und politisch unser
Selbstverständnis beschreiben?
- Was sollen wir wollen? Perspektiven, Ziele, Ent-
würfe.
- Welche Realisierungsmöglichkeiten erscheinen uns
praktikabel?

19.30 Uhr Abendbrot

19 - 21 Uhr Interessenvertretung kirchlicher Mitarbeiter

- wie kann eine kontinuierliche Kommunikation unter-
einander gewährleistet werden?
- Welche Organisationsformen sind möglich?

8. Oktober 9 - 12 Uhr: Auswertung, Zielbestimmung, Beschlüsse

- Welche Aufgaben müssen sofort in Angriff genommen
werden und welchen Themen müssen wir uns zuwenden?
- Planung eines nächsten Treffens
- Verabschiedung von Erklärungen Briefen oder Stel-
lungnahmen (soweit mitgebracht).

A K S K "Arbeitskreis Solidarische Kirche"

Protokollnotizen unseres Treffens am 11.2.86
in Berlin-Weißensee

Beim zweiten Treffen hat sich unser Kreis wesentlich erweitert und viele haben sich selbst Notizen gemacht. Allen aber zur Erinnerung und denen, die leider nicht kommen konnten, zur Information im Folgenden einige Stichworte unseres Gesprächs.

1. Zum Pfarrerdienstgesetz

- das Pfarrerdienstgesetz verkörpert maskulines Recht, dies zeigt schon die durchgängige Formulierung (z.B. die Pfarrerein kommt nicht vor!).
- Dienst und Treue beschreiben die Stellung des Pfarrers im Rechtssystem (von der Kirche oder kirchenleitenden Gremien ist in diesem Zusammenhang nicht die Rede).
- Dafür nimmt sich die Kirchenleitung ein Vorbehaltrecht. Z.B. §12 (Berufsverbotparagraf!): Hier wie an anderer Stelle zeigt sich die Machtstruktur der Institution Kirche: die Kirchenleitung "kann"; der Pfarrer "muß" oder "hat". Der Pfarrer hat mehrfache Bezugs Ebenen im Dienstverhältnis (§18):
 1. Zur Kirchlichen Struktur (Institution)
 2. Zu allen, die zur Leitung der Kirche berufen sind (!)
 3. Zur Gemeinde (eigentlich seine 1. Instanz)
- § 22: "Neuroseparagraf"(wird zum Selbststudium empfohlen.
- §§ 38ff Dienst des Pfarrers:
(dazu gehört die Ehe!)
Es fehlt ein unabhängiges Gremium, das in Streitfällen entscheidet. In der VELK gibt es aber immerhin eine Schlichtungsstelle.

2. Selbstverständnis und Aufgaben des AKSK

- organisatorische Fragen

- * Orientierung an kirchlichen u. gesellschaftlichen Strukturen ist für uns keine günstige Vorgabe, um Arbeitsformen zu praktizieren, die Solidarität wachsen lassen. Strukturen (im weitesten und offensten Sinne!) sind allerdings nötig wegen der kirchlichen Anerkennung (und Schutz!) und der nötigen (behutsamen) Reklame. Die Strukturen unseres Arbeitskreises müssen veränderbar bleiben zugunsten der aktuellen Sachorientiertheit und der persönlichen Solidarität.
- * Solidarität wird hier zuerst als Solidarität unter den Mitarbeitern und in der Gemeinde verstanden.
 - Ziel ist natürlich nicht nur die Auflösung überholter Strukturen, sondern ein neues Bild von der Kirche zu erarbeiten, das (auch) theologisch auf einem diskutablen Fundament steht. Dabei wollen wir stets aktionfähig sein, d.h. nicht erst nach fünf Jahren handeln oder lieber gar nicht, sondern ruhig mal Fehler in Kauf nehmen. Unser Gremium hilft zuerst den Opfern (...), vermindert damit den Leidensdruck, den jede Institution verursacht und hilft letztlich damit ja auch der verfaßten Kirche (die Ostern dringend nötig hat!).
 - Organisatorisches Nahziel ist die Zusammenkunft einer Basisynode, auf der Informationen weiter gegeben werden und die aktuelle Aktionen beschließt. Dazwischen wird in (regionalen) Gruppen weitergearbeitet:
 1. Solidarisierung mit Problemfällen - konkrete Hilfe (da sind wohl zuerst die Frauen in der Kirche im Blick und die Homophilen - gibt's kein sympathischeres Wort?-))
 2. Forum: Tendenzen in der Kirche- Auf welchem Weg befindet sich die Gemeinschaft der Heiligen und wohin wollen wir gehen ?
 3. Eingreifen in aktuellen Situationen (Eingebensauschuß)
 4. Sachorientierte Arbeits- u. Aktionsgruppen

An dieser Stelle hat sich die große Gruppe (ca. 45 Leute) geteilt, damit nicht, wie sonst üblich, immer nur dieselben reden! Hierzu einige Stichpunkte aus dem Gruppengespräch:

- Es muß immer genug Raum für den Austausch persönlicher Erfahrungen sein: der AKSK ist unser Konvent- Integration von Anliegen Einzelner in die Gesamtgruppe
- Interesse für praktikable Entwürfe für die Arbeit in/mit der Gemeinde; Wir wollen keine Sterbehilfe für die Volkskirche machen! Wir wissen, daß wir nicht umhin können, die Schuld vorausgegangener Mitarbeitergenerationen abzuarbeiten. Das geht aber nur in einer Gemeinschaft, wo Leute in der Hoffnung miteinander leben, das unser Weg keine Sackgasse ist.
- Frage der Ordination (aller Mitarbeiter): "Nehme ich sie ernst, kann ich sie nicht annehmen!"
- Arbeit an langfristigen Themen:
Demokratisierungsmöglichkeiten der Kirche
= der Gesellschaft vorangehen
Theologische Begründung politischen Handelns im Sozialismus
Integration sogenannter Randgruppen
theologische Erschließung kultureller und subkultureller Tendenzen

3. Autoritäre und partnerschaftliche Tendenzen in der neuen Lebensordnung

- ! Prinzip: "Die Liebe des Vaters zeigt sich in der Züchtigung"
- Überschrift: "M i t (in!) der Kirche leben"
- Neben einer theolog. Orientierungslosigkeit hat die Lebensordnung (LO) ihre Orientierung an biographischen Fixpunkten. Frage: welche Kirche hat die LO dann im Auge? Um eine Verbindlichkeit des Lebens in der Gemeinde zu erreichen, werden kirchliche Gebote mit Gottesgeboten gleichgesetzt (4.5).

- 1.8: Rückschritt aus dem Modell der mündigen Gemeinde; die Gemeindeleitung geschieht durch den Pfarrer (vgl. GA 7)
- 1.6 Rechte und Pflichten der Gemeindeglieder: Vor Gott keine Rechte = vor der Kirche keine Rechte. Kein Recht: auf Rechenschaft, auf Verweigerung, auf eigene Gruppierungen. - "Durch Weisheit gemilderter Absolutismus"
- 1.2 Gruppen und Kreise entspricht einem Idealbild der 50er Jahre; Problem- u. 'Rand'gruppen sind auf sich selbst angewiesen (vgl. die kirchliche Praxis!)
- 3.2 intellektuelles Armutszeugnis: den Beruf lediglich daran zu messen, ob er zur Bewahrung oder Schädigung des Menschen beiträgt (aber immerhin...).

Einladung zum 30. April / 1. Mai Berlin Weißensee

Beim nächsten Treffen wollen wir uns einen gemeinsamen Abend gönnen. Wir halten die Türen ab 15 Uhr offen. Themen werden sein:

- der Leipziger "Ehebrief" an die 7 Bischöfe (Beziehungsproblematik und Machtstrukturen in der Kirche)
 - Ein Rahmenprogramm für den AKSK (keine "Ordnung")
 - Austausch und Information
 - praktische Schritte zur Blockierung der LO
- Ziel: Im Herbst (6.-7.10.) Gründungsversammlung des AKSK mit breiter Beteiligung
- Zum Mittreffen soll der Kreis der Teilnehmer nicht wesentlich erweitert werden, damit wir auf einer gemeinsamen Gesprächsgrundlage bleiben.

Wittenberg/Weißfels, den 4. 3. 86 gez. Tautz

PS. Bitte schnell mit Korrekturen zurück:
Dorothea, Martin, Ulrich (Adressenliste!)

ZMA	2038	
Hauptabteilung XX	Berlin, 09. Oktober 1989	
Streng geheim		
	gef. 2 Exemplare	
	Exemplar	
	No. 727/89	
Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik		BSU 000001
KOPIE		
Information		
über die VII. Vollversammlung des "Arbeitskreises Solidarische Kirche" (AKSK) vom 06. 10. bis 08. 10. 1989 in Magdeburg		
Von 06. 10. bis 08. 10. 1989 fand in der Evangelischen Mittlungsgemeinde, 3034 Magdeburg-Nord, Krähenstieg 8, die VII. Vollversammlung des AKSK zu dem Thema:		
"Demokratie - Spätlese"		
statt.		
An der Veranstaltung, die durch die operativ bekannten Mit- glieder des Koordinierungsausschusses (KoA) vorbereitet und geleitet wurde, nahmen ca. 70 Vertreter (29 Personen identifiziert) verschiedener Regionalgruppen sowie Interessenten aus allen Teilen der DDR teil.		
An der weiteren Identifizierung der Teilnehmer wird ge- arbeitet.		

Dokument 64: BStU, MfS, ZA, HA XX, ZMA Nr. 2038, Bl. 1

X OPK und OV „Schütze“, Weißenfels 1985–89

Am 15. Januar 1985 wurde die Operative Personenkontrolle (OPK) „Schütze“ zur Person Tautz, Lothar eröffnet (Dok. 65, S. 141ff., hier: 1. abgeb. Blatt, Zeile 1 im Text). Zu dieser zweifelhaften Ehre kam man als gesellschafts-politisch engagierter Bürger in den 80er Jahren ohne Mühe: Man musste nur in den Verdacht geraten, einen *feindlichen Missbrauch der Kirche unter Nutzung der Verbindungen ... nach WB und in die BRD zu erwägen* und eine *Aktivierung der Jugend-, Öffentlichkeits- und Patenschaftsarbeit* zu planen (ebenda, Anstrich 1 u. 2). Dabei wird über die „Zielperson“ nicht nur eine *Persönlichkeitsaufklärung* nach allen Regeln der Kunst vorgenommen, das eigentliche Ziel der Bearbeitung sind *Disziplinierungs- und Zersetzungsmaßnahmen*, die den Delinquenten im staatskonformen Sinne gefügig machen sollen (ebenda, hier: 6. abgeb. Blatt, S. 146 oben, Abs. 3). Wenn das nichts fruchtet, muss die Stasi leider noch einen Schritt weitergehen und einen Operativen Vorgang OV zur *Prüfung der Verletzung der §§ 106* [schon wieder!], *220 und 218 StGB und zur vorbeugenden Einflußnahme auf eine realistische Kirchenpolitik* einleiten (ebenda, hier: 7. abgeb. Blatt, S. 146 unten).

Leider ist nicht überliefert, wie die Stasi auf den interessanten Namen gekommen ist, war ich doch Wehrdienstverweigerer und habe mit dem Schießen nie viel im Sinn gehabt. Wahrscheinlich meinte man, sich auf den Namen des Grundstücks beziehen zu sollen, das hieß nämlich im Volksmund „Zum Schützen“. Gemeint war allerdings nicht eine kriegerische Tradition, sondern die Tatsache, dass das Grundstück im 17. Jahrhundert einmal dem Vater von Heinrich Schütz gehört hatte, der hier eine Gaststätte betrieb. Da Heinrich Schütz aber in Verkennung der historischen Aufgabe keine Arbeiter- oder Kampflieder für das Volk geschrieben hatte, war der Stasi natürlich dieser Zusammenhang nicht gegenwärtig.

Sei es wie es sei, am 4. Juni 1987 wurde der gleichnamige OV *wegen des Verdachtes der Begehung strafbarer Handlungen* mit leicht veränderten Paragraphen und mit dem Ziel der *Durchsetzung von Disziplinierungs- und Zersetzungsmaßnahmen zu Tautz und in seinem Umfeld* eröffnet (Dok. 66, S. 147ff., hier: 1. abgeb. Blatt). Wieder musste zur „Zielperson“ recherchiert werden, neue negative Aspekte kamen hinzu, z. B. hatten sie endlich herausgefunden, dass mein „*Umdenkungsprozess*“ bereits 1968 nach den Ereignissen in der ČSSR einsetzte und nicht erst 1976 (ebenda, hier: 2. abgeb. Blatt, S. 148). Der *operative... Sachverhalt* ist inzwischen auf drei Seiten angewachsen (ebenda, hier: 3.–5. abgeb. Blatt, S. 149ff.) und es kommen noch

ein *Operativplan* (Dok. 67, S. 152ff.) und eine *Stellungnahme zum Anlegen des OV ...* (Dok. 68, S. 155f.) dazu, letztere wiederum von meinem ungekannten „Betreuer“, (inzwischen) Oberst Gröger.

Im „Operativplan“ waren nun tatsächlich alle Aktivitäten meinerseits versammelt, mit der Angabe der Gegenaktivitäten ihrerseits. Die üblichen Zersetzungsmaßnahmen wurden geplant. Überraschend ist die Zuversicht der Stasi, Einfluss zur *Durchsetzung disziplinarischer Maßnahmen über kirchenleitende Gremien* nehmen zu können (Dok. 67, S. 152ff., hier: 1. abgeb. Blatt, Ziffer 3). Die *Durchführung operativer Kombinationen zur konspirativen Hausdurchsuchung* (welche Wortfolge!) zusammen mit dem Einbau von Wanzen und der Postkontrolle machten die Observation komplett (ebenda, hier: 2. abgeb. Blatt, S. 153, Ziffer 6). Gröger attestiert mir in seiner Stellungnahme: *Im Kirchenkreis Weißenfels hat T. seine Stellung gefestigt und sich zu einer der führenden Persönlichkeiten im kirchlichen Leben entwickelt* (Dok. 68, S. 155f.). Schade, dass dieses Papier dem Personaldezernenten im Konsistorium nicht zugänglich gemacht wurde (er war kein IM), vielleicht wäre ich dann im Laufe meines kirchlichen Dienstes doch noch befördert worden.

Die Maßnahmen der Stasi setzten sich bis in den November 1989 fort (Dok. 69, S. 157). Noch im August 1989 stellte die Kreisdienststelle Weißenfels fest: *Bei T. handelt es sich um eine im Sinne der Organisation/Inspirierung PUT wirkende feindlich-negative Person mit umfangreichen Kontakten zu als Exponenten PUT bekannten Personen in der gesamten DDR* (Dok. 70, S. 158). Gott sei Dank hat die „Politische Untergrundtätigkeit“ am Ende nicht zur Inhaftierung der „feindlich-negativen Person“ geführt, sondern zur Auflösung des MfS und des Staatssozialismus gleich mit.

Bezirksverwaltung für
Staatsicherheit Halle
Kreisdienststelle Weißenfels

Weißenfels, 2. 2. 1987

BSU
000968

SACHSTANDSBERICHT
zur OPK "Schütze" - VIII 170/85

Seit 15. 1. 1985 wird zum Pfarrer der ev. Altstadtgemeinde Weißenfels

T e u t z , Lothar
15. 4. 1950 in Erfurt
4850 Weißenfels, Nikolaistr. 4
besch. beim ev. Kreiskirchenamt Weißenfels
verheiratet, 2 Kinder

eine OPK mit den Zielstellungen

- der Klärung von Anhaltspunkten zum möglichen feindlichen Mißbrauch der Kirche unter Nutzung der Verbindungen der Zielperson nach WB und in die BRD
 - der umfassenden Persönlichkeitsaufklärung und die Herausarbeitung der Pläne und Absichten der Zielperson hinsichtlich der Aktivierung der Jugend-, Öffentlichkeits- und Patenschaftsarbeit der ev. Kirche
- durchgeführt.

1. Ergebnisse der Persönlichkeitsaufklärung

T. entstammt einer Angestelltenfamilie und wurde im Elternhaus loyal erzogen. Seine Gesamtentwicklung ist insbesondere unter dem Aspekt der Abkehr von positiven Grundhaltungen zur idealistischen Weltanschauung als widersprüchlich zu werten.

Nach 10jährigem Besuch der POS erlernte T. den Beruf eines Maschinenbauers mit Abitur. Anschließend nahm er an der TU Dresden ein Physikstudium auf, das er aus unbekanntem Gründen nach 6 Monaten abbrach. Während der Schul- und Lehrzeit war T. aktiv innerhalb der FDJ tätig und bekleidete zeitweise Wahlfunktionen.

Von 1970 bis 1973 arbeitete T. dann als Hilfskraft beim Erfurter Buchhandel und als Requisiteur der Städtischen Bühnen Erfurt.

Sowohl im Rahmen der Lehr- und Studienzeit, als auch während seiner o. g. Anstellungen in Erfurt wurden T. eine positive politische Grundhaltung und Aufgeschlossenheit gegenüber gesellschafts-politischen Problemen, einschließlich der Beteiligung an der vorläufigen Ausbildung, bestätigt. Hervorgehoben wurden Einsatzbereitschaft, Umsicht und zielstrebige Organisationsfähigkeit bei der Erfüllung ihm übertragener Aufgaben.

BSIU
000069

2

Zum 30. 4. 73 kündigte T. sein Arbeitsverhältnis mit den Städtischen Bühnen Erfurt mit der Begründung, zur NVA einberufen oder ein Studium aufnehmen zu werden. Es konnte erarbeitet werden, daß die Zielperson 1970 aus der elterlichen Wohnung auszog und sich unter einer als zeitweilige Studentenwohnung bekannte Adresse anmeldete. Zu dieser Zeit erhielt er offensichtlich ersten Kontakt zu vorerwähnten Mietern der Wohnung, Erfurt, Große Arche 5, bei denen es sich um Studenten des Priesterseminars Erfurt handelte.

Die Aufnahme seines Theologiestudiums am KOS Naumburg im Jahre 1973 ist auf die wahrscheinliche Beeinflussung durch Personen seines ehemaligen Umgangskreises zurückzuführen.

Inoffiziell ist jetzt bekannt geworden, daß T. im Ergebnis der Ereignisse in der CSSR 1968 seine politische Meinung gewandelt haben will und angeblich ein Umdenkungsprozeß einsetzte. (Bestätigungen dieser mündlichen Aussage gegenüber IME "Carsten", Abt. XX/4 Halle, liegen aus anderen Quellen nicht vor).

Nach seinem Theologiestudium und dem Besuch des Sprachenkonvikts in Berlin wurde er von der EKV als Regionalsekretär des Kirchentages Wittenberg und als Sekretär des kirchlichen Lutherkomitees eingesetzt. In Wittenberg entwickelte T. vielfältige Aktivitäten, insbesondere im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Luther-Festlichkeiten 1983, wozu sich eine Vielzahl von Kontakten, insbesondere zum [REDACTED] Pf. Schorlemmer (KD Wittenberg) und zu Personen aus dem NSW ergaben.

Ab 1984 ist Tautz in Weißenfels als Pfarrer der ev. Altstadtgemeinde eingesetzt, wo er eine aktive Gemeindearbeit organisiert und inspiriert. Ursachen und Motive für die Zuversetzung des T. nach Weißenfels sind derzeit nicht bekannt. Bemerkenswert erscheint, daß Tautz entgegen seiner Einstellung gegenüber Vertretern staatlicher Organe gezeigten loyalen Einstellung bereits seit seinem Theologiestudium mit feindlich-negativen Aktivitäten in Erscheinung trat und antsozialistische Auffassungen vertrat.

Die Zielperson ist [REDACTED] verheiratet. Seine jetzige Ehefrau

T. gebn. Lintzel Martina
4. 2. 1954 in Barth
Pharmazieingenieur

468545697

arbeitet im ev. Kreiskirchenamt mit und erledigt Aufgaben einer Sekretärin. Sie identifiziert sich voll mit den Denk- und Verhaltensweisen klerikaler Personenkreise und unterstützt ihren Ehemann ideell. Aus der Ehe ist das Kind Phillip, 6. 8. 80, hervorgegangen. Die Ehe verläuft nach vorliegenden Informationen harmonisch.

BSIU
000070

3

2. Darstellung operativ-relevanter Fakten in der Entwicklung der Zielperson

T. trat erstmals im Jahre 1977, als Student des KOS Naumburg, in das Blickfeld des MfS. Seit dieser Zeit wurden folgende operative Fakten zur Zielperson bekannt:

1 9 7 7

- Verbindung zum gem. § 106 StGB inhaftierten und zwischenzeitlich in die BRD übersiedelten SCHAU, Günter 2. 6. 48 und T. in naher an Trauerfeierlichkeiten zum Pfarrer Bräsewitz in Rip-picha;
- Erhalt und teilweise Überarbeitung von Hetzschriften wie "Ein Biermann ging .." und "Unparteiische Briefe zum DDR-Bau..." im Zusammenhang mit der Entlassung des feindlich-negativen "Lieder-machers" Wolf Biermann aus der Staatsbürgerschaft der DDR;

- Kont-akte zu feindlich-negativen Kräften, wie Sarah KIRSCH, Robert HAVEMANN, Gerulf und Aerei PANNACH u. a. im Zusammen-hang mit Ausweisung Biermann's;

- Auslösung von Aktivitäten zur Unterstützung des inhaftierten SCHAU (sh. oben) und Kont-aktaufnahme zum Vorsitzenden des sogenannten "Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus" in WR

Dr. S c h w e n g e r, Hannes
(weiteres bekannt)

- Befragung des T. im Zusammenhang mit EV zu Schau und Kontakten zu Dr. Schwanger durch MA IX/2 - keine strafrechtliche Verant-wortlichkeit gegeben.

1 9 7 8

- IM-Hinweis K I Leipzig, wonach T. zu einer Organisation in der BRD Verbindungen unterhält, deren Tätigkeit die Unterstüt-zung "politisch Verfolgter" in der DDR zum Ziele hat;

- desweiteren soll sich T. mit Artikeln westlicher Publikations-organe über sowjetische "Dissidenten" befassen;

1 9 8 1

- Information der Abt. X über Treff des T. in der CSSR mit dem ehemaligen DDR-Bürger

K i t t l i e k, Wolfgang

- [REDACTED]

der in der Folgezeit Bücher mit hetzerischem Inhalt an T. zu schicken versuchte - Sendungen durch Zoll eingezogen;

1981 - 1983/1984 - Ergebnisse der "WITZ"-Aufklärung der
KD Wittenberg

- aktive Mitarbeit in Vorbereitung und Durchführung des Lutherjahres, in deren Verlauf T. umfangreiche Kontakte zu Vertretern der Kirche der DDR, zu Personen des öffentlichen Lebens der BRD (u. a. Finanzminister Stoltenberg/CDU) erhielt und die Verbindung zum [REDACTED] bearbeiteten Pf. SCHORLEMMER, Friedrich entstand;
- T. fungierte als Regionalsekretär des Kirchentages Wittenberg und erhielt über Schorlemmer Kontakt zur im Ergebnis des Kirchentages Erfurt 1983 entstandenen Gruppe "Frieden 83", die sich seit dieser Zeit jährlich trifft und als überregionale alternative "Friedensgruppe" der ev. Kirche der KPS einzuschätzen ist;

1984

- um die "großartigen Impulse" des Lutherjahres in den Gemeinden zu verkündigen, geht T. nach Weißenfels und nimmt die Pfarrstelle in der Altstadtgemeinde ein (M-Hinweis vom 9. 3. 1984 - Brief nach Kanada);
- T. entwickelt umfangreiche Aktivitäten zur Forcierung der Jugendarbeit im Kirchenkreis Weißenfels und ist Hauptorganisator der "Friedensdekade 84" in deren Verlauf ein Vortrag durch Dr. PFEIFFER vom Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg zum Thema "Natur und Umwelt im Industriegebiet" gehalten wurde, Pf. wurde durch T. persönlich eingeladen;

1985

- T. organisiert innerhalb der ev. Kirche zahlreiche Veranstaltungen im Rahmen der Bach-Händel-Schütz-Ehrung als Äquivalent zu staatlichen Veranstaltungen;
- inoffizielle Hinweise zu Verbindungen zu OE des Verantwortungsbereiches, obwohl er gegenüber staatlichen Organen zum Ausdruck brachte, daß er sich von solchen Personen distanziert und bereit sei, an Rückdrängungsgesprächen mit kirchlich gebundenen OE teilzunehmen;
- aus Informationen der Abt. III, VI und VIII geht hervor, daß T. aktiv an der Ausgestaltung von Partnerbeziehungen zur ev. Kirche der BRD interessiert ist, es erfolgten mehrfach Treffs in Berlin bzw. Einreisen von Vertretern der ev. Kirche (hauptsächlich Patengemeinde Baunatal (Kassel-Land) zur Zielperson);
- durch IM wird bekannt, daß sich T. im Kirchenkreis zunehmend profiliert und zu einer Schlüsselfigur wird, wobei zu verzeichnen ist, daß er geistliche und weltliche Probleme verstärkt zu verbinden versucht.

1986

- aus Informationen der Abt. 26 gehen Verbindungen zum OV "Gruppe" (KD Dittorf) hervor, deren Charakter durch den Aufbau einer Gruppe "solidarische Kirche", an dem T. aktiv mitarbeitet, geprägt ist;
 - T. tritt in enger Zusammenarbeit und unter dem Einfluß Schorlemmer's ([REDACTED]) als Organisator des Treffens der Gruppe "Frieden 83" vom 25. - 27. 4. 1986 in Weißenfels in Erscheinung - im Verlauf der Zusammenkunft werden
 - Beschlüsse des XXVII. PT der KPdSU und XI. PT der SED zu Abrüstungs- und Friedensfragen für die alternative "Friedensarbeit" der Kirche ausgewertet;
 - Möglichkeiten und Erfahrungen analysiert, wie die bevorstehenden Volkswahlen im Interesse der ev. Kirche ausnutzbar sind;
 - als Ergebnis des Treffens wird ein offener Brief an die Gemeinden der Kirchenprovinz Sachsen verfaßt
 - vom 4. - 9. 6. 86 nimmt T. am Landeskirchentag der ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck/BRD teil;
 - im Rahmen dieser Dienstreise im Auftrag der KPS gewährte T. dem Beisitzer der Zentraldirektion des Ev. Pressedienstes der BRD (opd) Ottomar SCHULZ ein Interview;
 - vom 24. - 26. 10. 86 nimmt T. an Treffen der Gruppe "Frieden 83" in Mandenburg teil und leitete gemeinsam mit Pf. Schorlemmer [REDACTED] die Gruppe, die sich mit Problemen der Atomenergie befaßt - Vorschläge SU werden akzeptiert, die Haltung der USA jedoch nicht verurteilt; die Ergebnisse des Treffens sollen als Eingabe an die Synode der KPS eingebracht werden;
 - im Dezember 1986 wird bekannt, daß T. kirchliches Schriftmaterial (inhaltliche Probleme nicht bekannt) an eine durch die DV Gere bearbeitete OV-Person verschickt);
 - aus Informationen der Abt. III geht hervor, daß zu T. durch ehemalige Weißenfelser von der KD aus Verbindungen aufgenommen werden, die Zielperson sich jedoch passiv verhält;
- 1987
- inoffiziell bekannt, daß T. gemeinsam mit dem kath. Geistlichen, PAKKUNING, Gerhard (Weißenfels, weiteres bekannt) die Bildung eines "Uko-Kreises" plant; zu dieser Information erfolgte keine Bestätigung bisher;
 - T. lädt für den 29. 1. 87 den bekannten feindlich-negativen Liedermacher KWAWCZYK, Stefan [REDACTED] und dessen Freundin KLISB, Freya zu einem Auftritt in der Altstadtgemeinde Weißenfels ein - durch IM-Einsatz der Abt. KJ konnte T. zur Absetzung der Veranstaltung veranlaßt werden;

3. Stand der Durchführung der OPK - politisch-operative Bewertung

Im Rahmen des operativen Kontrollprozesses, insbesondere durch den Einsatz der IM "Engel", "Reinhold", "Karin Schneider" und "Carsten" (XX/4 Halle) konnten eine Reihe von Informationen erarbeitet werden, wonach davon auszugehen ist, daß T. einerseits eine loyale politische Grundposition gegenüber Vertretern staatlicher Organe der DDR zeigt und an einer positiven Entwicklung des Verhältnisses Staat-Kirche interessiert ist, demgegenüber aber Aktivitäten auslöst, deren Charakter als feindlich-negativ einzuschätzen ist.

Mehrfach wie T. in Besprechungen mit verantwortlichen Mitarbeitern für Kirchenfragen auf Kreis- und Bezirksebene und IM in Schlüsselposition nach, daß er sich in den Dialog zwischen Staat und Kirche einordnet und gegen störende Faktoren, insbesondere gegen konfrontative Tendenzen (z. B. im Zusammenhang mit Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte im Kirchenkreis Weissenfels zur Einstellung von DE in den kirchlichen Dienst) auftritt. Dieses Verhalten der Zielperson trägt dazu bei, daß T. eine gefestigte Position innerhalb der ev. Kirche in Weissenfels einnimmt und frühere innerkirchliche Probleme (u. a. Zerwürfnisse der Pfarrer im Ergebnis der Auseinandersetzungen um den ehemaligen Superintendenten Dr. Nieth - zwischenzeitlich in die SED überriedelt) weiter abgebaut werden konnten.

Positiv wirkten sich hierbei die im Zusammenhang mit der Abt. XX/4 durchgeführten Disziplinierungs- und Zeretzungsmaßnahmen innerhalb der ev. Kirche aus, die speziell in der Realisierung der A-OP "Finte", "Frust" und "Diener" widergespiegelt werden.

Bezugnehmend auf die oben fixierte Faktorenanalyse ist einzuschätzen, daß die bestehenden Kontakte der Zielperson zum OV "Johannes", das Engagement innerhalb der überregionalen Gruppe "Frieden 83" und bezüglich des Aufbaus eines innerkirchlichen Arbeitskreises "solidarische Kirche" als Aktivitäten im Sinne der Organisation und Inspirierung politischer Untergrundtätigkeit zu werten sind.

Hierbei muß speziell die Einbeziehung der Kontrollperson in die Gruppe "Frieden 83" und der dort dominierende Einfluß des feindlich-negativen Pfarrers Schorlauer beachtet werden. Der als alternative "Friedensgruppe" der ev. Kirche charakterisierte Zusammenschluß reaktionär klerikaler und oppositioneller Personengruppen löst Aktivitäten aus, die als Angriffe auf die Friedenspolitik der SED zu werten sind, und dazu mißbraucht werden können, feindlich-negative Kräfte zu sammeln, um antisozialistische Denk- und Verhaltensweisen zu verharmlosen und Öffentlichkeitswirksam aufzutreten.

Es ist vorgesehen, nach Abstimmung mit der Abt. XX der BV Halle, die Einleitung eines OV zur Prüfung der Verletzung der §§ 106, 220 und 218 StGB und zur vorbeugenden Einflußnahme auf eine realistische Kirchenpolitik vorzunehmen.

Leiter der Kreisdienststelle Referatsleiter


Schow
Oberstleutnant

Baumann
Leutnant

Bezirksverwaltung für
Staatsicherheit Halle
Kreisdienststelle Weissenfels

Weissenfels, 4. Juni 1987

bestätigt:
1. Stellvertreter des
Leiters der Bezirksverwaltung

Schöppe
Oberst

BStU
000119

ERÖFFNUNGSBERICHT
zum OV "Schütze"

Sach unter OPK stehenden

Tautz, Lothar
150450 4 1773 3 in Erfurt
4850 Weissenfels, Nikolaintr. 4
Pfarrer der ev. Altstadtgemeinde Weissenfels
verheiratet, 1 Kind

208302817

wird wegen des Verdachtes der Begehung strafbarer Handlungen im Sinne der §§ 218, 219 StGB das Anlegen eines OV entsprechend RL 1/76 realisiert. Anlage und Bearbeitung des OV erfolgen in enger Zusammenarbeit mit der Abt. XX/4 der BV Halle.

1. Zielstellung der Bearbeitung des OV

- Nachweisführung der Begehung strafbarer Handlungen gem. § 218 StGB und Prüfung der Tatbestandsmäßigkeit des § 107 StGB sowie der Verletzung von Strafnormen des § 219 StGB im Zusammenhang mit der Nachweisführung zur Inspirierung durch feindlich-negativer Kräfte aus dem Operationsgebiet;
- vorbeugende Verhinderung feindlich-negativer Aktivitäten und Öffentlichkeitswirksamer Handlungen unter dem Deckmantel der Kirche, insbesondere hinsichtlich des Engagements der Zielperson innerhalb der Gruppe "Frieden 83" und Verhinderung des Zusammenschlusses und der Profilierung feindlich-negativer Kräfte im Rahmen dieser überregionalen alternativen "Friedensgruppe" der Kirche;
- Realisierung von Kontroll-, Bearbeitungs- und Zeretzungsmaßnahmen zum durch T. mitorganisierten "Uko-Kreis" Weissenfels zur Verhinderung der Auslösung feindlich-negativer Aktivitäten gegen die Umweltpolitik der SED und im Sinne der Organisation und Inspirierung PUT;
- Aufklärung der Rolle und Stellung der Zielperson im Arbeitskreis "Solidarische Kirche", Klärung dessen Ziel- und Aufgabenstellung und Verhinderung des Mißbrauchs für antisozialistische Zielstellungen;
- Durchsetzung von Disziplinierungs- und Zeretzungsmaßnahmen zu Tautz und in seinem Umfeld.

2. Zur Zielperson

T. nahm eine widersprüchliche, zum Negativen tendierende Persönlichkeits- und gesellschaftspolitische Entwicklung, die vor allem dadurch gekennzeichnet wird, daß eine Umkehr von positiven Grundpositionen zur idealistischen Weltanschauung erfolgte.

Nach der 10jährigen Schulzeit erlernte T. den Beruf eines Maschinenbauers, brach dann ein aufgenommenes Physikstudium ab und arbeitete als Hilfskraft beim Erfurter Buchhandel und später bei den Städtischen Bühnen Erfurt.

Es konnte erarbeitet werden, daß Tautz sowohl während der Schul-, Lehr- und Studienzeit, als auch in seinen Arbeitsbereichen, der gesellschaftlichen Entwicklung des Sozialismus aufgeschlossen gegenüber stand und aktiv in der FDJ mitarbeitete. Hervorgehoben wurden Einsatzbereitschaft, Umsicht und Organisations-talent.

Kurzzeitig war er Kandidat der SED. Gründe für die Nichtaufnahme als Mitglied sind darin zu sehen, daß T. selbst die Ereignisse in der GSSR 1968 als urethlich dafür sieht, daß bei ihm ein "Udenkungsprozess" einsetzte, der sein späteres Leben maßgeblich beeinflusst haben soll.

Anfang 1970 erhielt T. Kontakt zu Studenten des Erfurter Priesterseminars, in deren frühere Wohnung er sog. Offensichtlich durch diese beeinflusst, nahm T. 1973 am EOS Naumburg ein Theologiestudium auf, an welches sich der Besuch des Sprachenzentrums Berlin anschloß.

Danach wurde er von der EKKU als Regionalsekretär des Kirchentages Wittenberg und als Sekretär des kirchlichen Lutherkomitees eingesetzt. In Wittenberg entwickelte T. vielfältige Aktivitäten, vor allem im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Lutherfeierlichkeiten 1983, woran sich eine Vielzahl von Kontakten, insbesondere zum [REDACTED] Pfarrer SCHORLEMMER (KD Wittenberg) und zu Personen aus dem BSW ergaben.

Seit 1984 ist Tautz in Weissenfels als Pfarrer der ev. Altstadtkirche eingesetzt, wo er eine aktive Gemeindearbeit organisiert und inspiriert.

Ursachen für seine Zuversetzung sind darin zu sehen, daß er möglicherweise zur Entspannung der personellen und innerkirchlichen Situation im Kirchenkreis Weissenfels, die durch die feindlich-negativen Aktivitäten der Pfarrer BSCHE und des ehemaligen Superintendenten, Dr. KLEIN [REDACTED] entstanden war, beizutragen sollte. Zwischenzeitlich hat sich Tautz im Kirchenkreis Weissenfels zu einer führenden Persönlichkeit entwickelt.

Entgegen seiner gegenüber Vertretern staatlicher Organe gezeigten loyalen Einstellung ist aus der Entwicklung der Person und derzeitigen Erkenntnissen bekannt, daß Tautz bereits während seines Theologiestudiums mit feindlich-negativen Aktivitäten in Erscheinung trat und seit dieser Zeit antisozialistische Auffassungen vertritt.

Die Zielperson ist [REDACTED] verheiratet. Seine jetzige Ehefrau arbeitet in ev. Kreiskirchenamt mit und erfüllt Aufgaben einer Sekretärin. Aus der Ehe, die nach vorliegenden Informationen harmonisch verläuft, ist der Sohn Philipp hervorgegangen.

3. Operativer Sachverhalt und politisch-operative und rechtliche Bewertung

Im Rahmen der Durchführung der OPK konnte herausgearbeitet werden, daß die Zielperson in seinem Gesamtverhalten zwei grundverschiedene Linien erkennen läßt. Einerseits vertritt er eine loyale Haltung gegenüber Vertretern staatlicher Organe und das Interesse an der Entwicklung eines positiven Verhältnisses Staat-Kirche, andererseits im innerkirchlichen Bereich die Auflösung von Aktivitäten, deren antisozialistische Orientierung offenkundig ist und die vom Charakter her als feindlich-negativ im Sinne der Organisation/Inspiration PUF zu bewerten sind.

Seit seiner Amtübernahme in Weissenfels, deren Zeitdauer der Bearbeitete um weitere 5 Jahre fortzusetzen beabsichtigt, wird deutlich, daß Tautz neben einer Verstärkung der Gemeindearbeit zunehmend darauf Einfluß nimmt, die Jugendarbeit und Probleme alternativer Friedensarbeit sowie des Umweltschutzes und der Ökologie in die Tätigkeit der Kirche einzubeziehen.

Ausdruck dessen sind sein Engagement in der Gruppe "Frieden 83", deren Zielstellung vordergründig durch den negativen Einfluß des OV "Johannes" u. a. feindlich-negativer Kräfte bestimmt wird, welchen T. unterliegt und selbst untersteht.

Dieser, als alternative "Friedensgruppe" der ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen charakterisierte Überregionale Zusammenschluß kann dazu mißbraucht werden, feindlich-negativen Kräfte zu sammeln, um antisozialistische Denk- und Verhaltensweisen zu verbreiten und öffentlichkeitswirksam aufzutreten.

In Bewertung der durch T. geleisteten Beiträge innerhalb der Gruppe, des Propagieren des "Neuen Denkens" in der DDR in Anlehnung an die feindliche Interpretation von Aussagen des Gen. Gorbatschow ist nicht auszuschließen, daß mit der weiteren Profilierung der Gruppe Handlungen verbunden sind, deren Charakter rechtswidrig ist.

Da Tautz neben Pfarrer Schorlemmer zu den Mitorganisatoren und Initiatoren zählt, besteht der Verdacht der Begehung strafbarer Handlungen im Sinne des § 218 StGB.

Im gleichen Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß Tauts eine Vielzahl operativ interessanter Kontakte in die BRD unterhält, die als sogenannte "Fatenarbeit" deklariert werden und von denen nach bisherigen Erkenntnissen Impulse für die Gestaltung der "Friedensarbeit" der Kirche ausgehen, die T. übernimmt.

Da der Großteil der Verbindungspersonen Mitglieder der ev. Kirche sind und sie sich stark innerhalb des SED in der BRD engagieren, kann die Version aufgestellt werden, daß die Zielperson durch diese Kräfte zu Aktivitäten inspiriert wird, die den Interessen der DDR schaden und daß aufgrund bestehender Informationsbeziehungen im Operationsgebiet die Begehung von Straftaten gem. § 219 StGB möglich ist. Hierzu liegen noch keine inoffiziellen oder offiziell verwertbaren Beweise vor.

Im operativen Kontrollprozeß wurde weiterhin bekannt, daß T. innerhalb des Kirchenkreises Weissenfels darauf orientiert, der Linie des "Neuen Denkens" zu folgen, wobei er, ohne konkrete Pläne und Absichten zu offenbaren, davon ausgeht, durch aktive Handlungen auf die Ablehnung der sozialistischen Gesellschaft aufmerksam zu machen.

Diese Informationen sind durch den IMB "Engel" und Hinweise der Abt. XX im Zusammenhang mit der Kontrolle der Gruppe "Frieden 83" und dem sich herausgebildeten Arbeitskreis "Solidarische Kirche" bestätigt, von dem in Weissenfels eine Regionalgruppe unter Tauts's Leitung existieren soll.

Analog dazu ist T. Verhalten und Einflussnahme in dem sich im Januar 1987 gebildeten "Öko-Kreis" Weissenfels (auf der Basis der Ökumene mit der katholischen Kirche) zu bewerten. Hier orientierte T. ebenfalls auf Handlungen in Form von Eingabetätigkeit an zentrale Staats- und Parteiorgane, um auf sich aufmerksam zu machen und seine Ablehnung gegenüber der Umweltpolitik der SED auszudrücken und Veränderungen anzustreben.

Durch den IMB "J. Becher" wurde dazu erarbeitet, daß T. zur Verhinderung der Konfrontation mit dem Staatsapparat davon ausgeht, den Gruppencharakter des "Öko-Kreises" zu verschleiern, indem Einzelpersonen als Verfasser von Eingaben auftreten, womit er sich weiteren Handlungsspielraum erhofft.

Charakteristisch für die Aktivitäten des Bearbeiteten ist, daß er es im Zusammenhang mit innerkirchlichen Personalfragen ablehnte, eine Wahlfunktion der Kirche zu bekleiden, da er angeblich zu sehr in die Kirchentagearbeit 1988 eingebunden sei und Raum für operative Tätigkeit brauche. Diesen Raum nutzt er zielstrebig für die Ausweitung seiner meist überörtlichen Kontakte zu anderen feindlich-negativen Kräften. Hierzu zählen neben dem OV "Johannes" auch die Zielpersonen der OV "Pädagoge" (KD Zeitz) OV "Orwig" (KD Bernburg) und OV "Diplomat" (KD Halle) in welchen ausschließlich feindlich-negative klerikale Personen bearbeitet werden, die gleiche politisch-ideologische Auffassungen wie T. vertreten und im Sinne der Organisation/Inspiration PUT wirksam werden.

Orwig 1378 2457184 Hf82φ53245
Pädagoge 2327 3680186 Hf82φ2652
Diplomat 2837 3124186 Hf82φ6932

ESU

000123

5

Im Verantwortungsbereich selbst unterhält Tauts ebenfalls umfangreiche Verbindungen zu feindlich-negativen Kräften, die teilweise seinem Einfluß unterliegen. Diese wurde besonders deutlich im Engagement der Zielperson, einen Auftritt des feindlich-negativen Liedermachers, KRAWCZYK, Stefan, zu organisieren, was durch den Einsatz von IM in Schlüsselposition der Abt. XX/4 verhindert werden konnte. Trotz dessen forderte die Zielperson der OPK "Amyl" (KD Weissenfels), die eng mit T. liiert ist, anlässlich einer Kreisynode, den Auftritt solcher Personen zu gestatten, da sie "nicht totgeschwiegen werden dürfen" und man nicht von vornherein eine ablehnende Haltung beziehen sollte.

Bedeutend sind weiterhin die Verbindungen zum katholischen Vikar PACKENINS, Gerhard ("Öko-Kreis") und dem ev. Kreiskirchenjugendwart, HOFF, Uwe, mit welchem T. hauptsächlich die Forcierung der sogenannten "offenen Jugendarbeit" betreibt, in der vor allem Probleme der Friedensarbeit, des Umweltschutzes und der Ökologie sowie Fragen des Wehrdienstes u. a. stärker behandelt werden sollen. Hier konnte T. noch nicht die erhoffte Wirksamkeit erreichen, wie sich in der Stagnation des Teilnehmerkreises in den Jungen Gemeinden ausdrückt.

Ungeachtet dessen sieht T. seine Schwerpunktaufgaben darin, die der Kirche gegebenen Möglichkeiten für alternative Arbeitsformen auszunutzen, um einen möglichst breiten Personenkreis anzusprechen, zu konzentrieren und letztlich für antisozialistische Denk- und Verhaltensweisen zu mobilisieren, worin die feindliche Zielstellung der Aktivitäten des Bearbeiteten im Sinne PUT ihren Ausdruck findet.

Aufgrund der erarbeiteten Hinweise zur Zielperson, dem bestehenden Verdacht strafbarer Handlungen gem. § 218 StGB und möglicher Straftaten des § 219 StGB sowie der Rolle und Stellung, die die Zielperson im Verantwortungsbereich einnimmt, ist eine vorgangsmäßige Bearbeitung notwendig.

Leiter der Kreisdienststelle

Referatsleiter

J. P. P. H. H.
Jarchow
Oberstleutnant

B. H.
Hauemann
Oberleutnant

KD Weissenfels

Weissenfels, 12. Juni 1987
bsu-10

bestätigt:

Leiter der Kreisdienststelle

J. H. Bauer-Meyer

Barthel
Oberstleutnant

BStU
000124

OPERATIONSPLAN

zur Bearbeitung des OV "Schütze"

Im den Mittelpunkt der tatbestandlich-therozogenen Bearbeitung des OV sowie zur Realisierung der unter dem Aspekt der Vorbeugung stehenden Ziel- und Aufgabenstellungen, werden in Abstimmung mit der Abt. XX der BV Halle folgende Maßnahmen festgelegt und durchgesetzt:

1. Erarbeitung einer der Zielstellung des OV entsprechenden Informationsbedarfe, der die Grundlage für den Einsatz des IM "Engel" und des IM "Reinhold" bildet mit dem Ziel, der Prüfung der Herstellung vertraulicher Beziehungen zur Zielperson als Voraussetzung für die Schaffung von Beweisen zu den Straftatsbeständen der §§ 210, 219 StGB, zum Erkennen der Pläne und Absichten des Bearbeiteten sowie zur Nachweisführung des Mißbrauchs seiner Tätigkeit als Pfarrer.

Termin - Informationsbedarf: 20. 6. 87 in Abstimmung mit der Abt. XX

Termin - IM-Einsatz: nach Kenntnisgabe des Informationsbedarfes fortlaufend

Verantw.: IM-führender Mitarbeiter
Kontrolle: Ltr. d. KD

2. Prüfung der Einsetzbarkeit von IM der Abt. XX und anderer DE im Zusammenhang mit der Kontrolle der Gruppe "Frieden 83" zur Erarbeitung von Informationen über die Zielperson entsprechend der Zielstellung des OV sowie zur beweiskräftigen Dokumentierung antisozialistischer Aktivitäten im Sinne der PUT als Basis für die Einleitung zersetzender, disziplinierender oder rechtlicher Maßnahmen.

Termin d. Abstimmung: bis 30. 6. 87

Termin d. Einsatzes: nach Auswahl geeigneter IM

Verantw.: IM-führende Mitarbeiter d. DE und XX

Kontrolle: Ltr. d. Abt. XX

3. Weiterführung des Einsatzes des IM "Carsten" der Abt. XX, BV Halle mit dem Ziel, der Erarbeitung von Informationen zu Plänen/Absichten der Zielperson, zur Rolle im Kirchenkreis Weissenfels und innerhalb der KPS sowie zur Heranarbeit von Ansatzpunkten für eine gesellschaftliche Vereinnahmung zur Verhinderung feindlich-negativer Aktivitäten der Zielperson und zur Durchsetzung disziplinarischer Maßnahmen über kirchenleitende Gremien.

2

Termin - IM-Einsatz: fortlaufend
Verantw.: Mptw. Heinrich/Abt. XX
Kontrolle: Ltr. d. Abt. XX

4. Einsatz des IM "Jurgen Becker" innerhalb des "Öko-Kreises" Weissenfels zur Kontrolle der Stellung des I., seiner Einflußnahme auf Aktivitäten der Gruppe sowie Prüfung der Herstellung ausbeutlicher persönlicher Kontakte zur Zielperson. Dazu ist der vorliegende Informationsbedarf zu nutzen sowie die DEK des I. zu präzisieren.

Termin - Präzisierung DEK: 30. 6. 87
Termin - Einsatz: ständig im Rahmen der Zusammenkünfte
Verantw.: Oltw. Baumann
Kontrolle: Leiter der KD

5. Weiterer Einsatz der IM in Schlüsselposition "Karl" und "Karin Schneider" zur Erarbeitung von Informationen zu Aktivitäten der Zielperson im Kirchenkreis Weissenfels, seiner Stellung zu anderen Amtsträgern sowie zur Durchsetzung von Disziplinierungs- und Zersetzungsmaßnahmen und zur Unterstützung des Nachweises zum möglichen Mißbrauch seiner Tätigkeit.

Termin - IM-Einsatz: fortlaufend und in Abstimmung mit dem Einsatz anderer IM
Verantw.: IM-führender Mitarbeiter/
Oltw. Baumann
Kontrolle: Ltr. d. KD

6. Vorbereitung und Durchführung operativer Kombinationen zur konspirativen Hausdurchsuchung sowie im Zusammenhang mit der Abt. 26 zur beweiskräftigen Dokumentierung von Hinweisen durch I. ausgeübte Aktivitäten im Sinne der PUT, zur weiteren Aufklärung der Verbindungen zu anderen OV-Personen und im Operationsgebiet, zur Sicherung von Schriftgut (sogenannte "Basispapiere" und anderer Pamphlete im Zusammenhang zu der Gruppe "Frieden 83", dem Öko-Kreis Wfla. und dem ASBK) sowie zur Klärung von Anhaltspunkten zum Mißbrauch seiner Stellung als Pfarrer als Grundlage für die Realisierung weiterführender Bearbeitungsmaßnahmen.

Termin d. Vorbereitung, Aufklärung Lageverhältnisse, Schaffung Stützpunkte usw.:

30. 6. 87

Termin d. KMD: 30. 9. 87

Termin d. Realisierung Maßn. 26:

Entsprechend den gegebenen Möglichkeiten im III. Quartal

Verantw.: Oltw. Baumann/Abt. XX und 26
Kontrolle: Ltr. d. DE

7. Ständige Analysierung der im Ergebnis der Maßn. A der Abt. 26 erarbeiteten Informationen entsprechend der Zielstellung des OV und aktuelle Abstimmung mit der Abt. XX/4 zu geplanten oder realisierten Aktivitäten der Zielperson oder seiner Verbindungspersonen zur kurzfristigen Einleitung von Maßnahmen der Disziplinierung zur Zersetzung und Vorbeugung und zur Abstimmung des IM-Einsatzes.

Termin: bei Anfall von Informationen
Verantw.: Oltw. Baumann in Zusammenarbeit mit Abt. 26
Kontrolle: Ltr. d. DE

BStU
000125

8. Koordinierung von Maßnahmen und Gewährleistung eines aktuellen Informationsaustausches mit den OV-führenden DE - KD Wittenberg, KD Zeitz und KD Halle, über die Abt. XX- Erarbeitung und Übergabe eines Informationsbedarfes zum OV "Schütze"

Termin:- Informationsbedarf: 30. 6. 87
 Termin Koordinierung/ bei Anfall von Informationen
 Verantwortlich: Oltm. Baumann
 Kontrolle: Ltr. d. KD

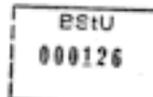
9. Analysierung der im Rahmen der GPK "Pffaffo" - VIII 144/85 und "Leyl" - VIII 283/87 erarbeiteten Informationen zu Verbindungen zu TAUTZ unter dem Gesichtspunkt der Herausarbeitung von Hinweisern zur Persönlichkeit, zu Plänen/ Absichten und zur Einleitung differenzierter Zeretzungsmaßnahmen.

Termin: bei Anfall von Informationen
 Verantw.: Oltm. Baumann/Ofw. Antkowiak
 Kontrolle: Ltr. d. DE

10. Erarbeitung eines Sachstandsberichtes als Grundlage einer Leiterentscheidung zur Perspektive des OV in enger Zusammenarbeit mit der Abt. XX/4.

Termin: 30. 10. 87
 Verantw.: Oltm. Baumann
 Kontrolle: Ltr. d. KD/Abt. XX

Baumann
 Baumann
 Oberleutnant



BStU
000127

Stellungnahme
zum Anliegen des OV "Schütze" der KD Weissenfels

Im Prozeß der operativen Personalkontrolle wurden die operativ bedeutsamen Anhaltspunkte zum Pfarrer der evangelischen Altstadt-gemeinde Weissenfels

Tautz, Lothar
 15. 4. 1950 in Erfurt
 4850 Weissenfels, Nikolaistraße 4

bestätigt und weitere operativ bedeutsame Informationen und Beweise erarbeitet, die den Verdacht gesellschaftsgefährdender Handlungen gemäß §§ 218, 219 StGB bekräftigen.

Hierbei wurde besonders herausgearbeitet und dokumentiert, daß T. zwar gegenüber staatlichen Organen eine loyale Einstellung demonstriert, seine Handlungen und Denkweisen jedoch von einer feindlich-negativen Grundeinstellung zur DDR geprägt sind. Im Kirchenkreis Weissenfels hat T. seine Stellung gefestigt und sich zu einer führenden Persönlichkeit im kirchlichen Leben entwickelt. Als Schwerpunktaufgaben widmet er sich insbesondere der Jugendarbeit, der alternativen Friedensarbeit sowie des Umweltschutzes und der Ökologie, wobei er eine antisozialistische Haltung bezieht und diese innerhalb der Kirchengemeinde verbreitet.

T. ist Mitglied und Mitinitiator der sogenannten kirchlichen Friedensgruppe "Frieden 83" der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen. In diesem überregionalen Zusammenschluß feindlich-negativer Kräfte bestehen Aktivitäten zur öffentlichkeitswirksamen Verbreitung gesellschaftsfeindlicher Denk- und Verhaltensweisen. Basierend auf der inspirierenden Rolle des T. in der Friedensgruppe ergeben sich operative Anhaltspunkte zur Bestätigung von Verdachtsmomenten gemäß § 218 StGB, was die Einleitung eines Operativvorganges notwendig macht.

Weiterführende Aktivitäten des T., die im operativen Kontrollprozeß bekannt wurden, sind innerhalb des im Oktober 1986 gegründeten Arbeitskreises "Solidarische Kirche" und im "Öko-Kreis" Weissenfels, der sich im Januar 1987 konstituierte, zu verzeichnen. Die Person tritt in diesen Gruppen als ein beachtetes und einflussreiches Mitglied in Erscheinung und es besteht die Möglichkeit des Ausbaus der Initiatorrolle zur Aktivierung feindlich-negativer Handlungen.

BStU
000128

2

Durch die bereits aufgeklärten und dokumentierten Verbindungen zu operativ interessanten Personen des NSW wie zum Finanzminister Stoltenberg/CDU, zu kirchlichen Würdenträgern der ERD sowie kirchlichen Massenmedien wird der Verdacht der Begehung strafbarer Handlungen gemäß § 219 StGB erhärtet.

Die Verbindungen werden im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung kirchlicher Höhepunkte, wie dem Kirchentag der evangelischen Kirche und der Partnerschaftsbeziehungen in die ERD ständig forciert.

Ausgehend vom vorliegenden Sachverhalt wird einer operativen Bearbeitung des P. im Rahmen eines Operativvorganges durch unsere DE zugestimmt. Die politisch-operative Bearbeitung ist unter Beachtung [redacted] Personen

Friedrich Schorlammer

Jörg Franke

sowie den Zielpersonen der

und

zu gestalten.

Die Einleitung von offensiven Maßnahmen zu den im OV erfaßten Personen sind in enger Koordination mit der Abteilung II zu realisieren.

Leiter der Abteilung

Oberst

KD Weissenfels

Weissenfels, 1.11.1989
bau-schn

- 404 -

Der Bundesbeauftragte für die
Überlegen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik
Postfach 1198, D-1088 Berlin

Tonbandabschrift

Quelle: IAB "Jürgen Becker"

Bericht zur Veranstaltung am 27.10.89 in der katholischen Kirche

In der Kirche fand die angekündigte Veranstaltung zur Vorstellung des "Neuen Forums" statt.

Die Leitung des Abends hatten Pfarrer Tautz und der [redacted]

[redacted] sowie der [redacted].
Abwesend waren ca. 150 Personen.

[redacted] der kurz zu Zielen und Inhalten des "Neuen Forums"

Stellung genommen hatte, forderte dann dazu auf, in Form von Gesprächsrunden die Diskussion zu allen gegenwärtig interessierenden Fragen fortzusetzen.

Es wurden 3 Arbeitsgruppen gebildet.

[redacted] vertrat die Auffassung, daß im Ergebnis bereits angelaikener Gespräche von Vertretern des "Neuen Forums" mit Funktionären in Halle die Zulassung des "Neuen Forums" nur noch eine Frage der Zeit ist.

Nun zu einigen Teilnehmern dieser Veranstaltung, die mir bekannt sind:

- Lothar Tautz und Frau
[redacted]

Zu den Gesprächsrunden

Die Anwesenden wurden aufgefordert, sich zu entscheiden an welcher der Gesprächsrunden sie teilnehmen möchten.

Als Themenvorgaben standen

- Wirtschaft und Ökologie
- Wissenschaft, Bildung und Erziehung
- Staatsrecht

Direkte Verantwortlichkeiten für diese Gruppen gab es noch nicht. Das Gros der Teilnehmer verließ die Kirche und ging nach Hause.

bezirksverwaltung fGr
Staatsicherheit Halle
Kreisdienststelle Weißenfels

Weißenfels, 10.8.89
bau-10 *MFS*

-377-

Bezirksverwaltung
für Staatsicherheit
KD Torgau

Leipzig

Ihr cfs 512 v. 4.8.89

Bei der als Verbindungsperson zu Ihren OV "Apostel" bekanntgewordenen Lothar handelt es sich zweifelsfrei um den durch unsere DE in OV "Schütze" - VIII 170/85 bearbeiteten Pfarrer der evangelischen Kirche - Altstadtgemeinde Weißenfels

T a u t z , Lothar
4850 Weißenfels, Nicolaistr. 4

Bei T. handelt es sich um eine im Sinne der Organisation/Inspirierung PUT wirkende feindlich-negative Person mit umfangreichen Kontakten zu als Exponenten PUT bekannten Personen in der gesamten DDR, z. B. zu solchen hinlänglich bekannten feindlich-negativen Kräften aus dem klerikalen Bereich -

- Pfarrer Schorlenner, 
Wittenberg

operativ-bearbeiteten Personen

T. gehört einer Reihe überörtlich wirkender feindlich-negativer Zusammenschlüsse wie "Frieden 83", dem "Umweltkreis" Weißenfels und dem AKSK-Regionalgruppe Weißenfels (Bildung der AKSK in DDR-Maßstab geht auf seine Initiative zurück.) an und ist maßgeblich an der Initiierung feindlich-negativer Aktivitäten beteiligt.

Er leitet die Musikgruppe der Kirche Weißenfels "Natur rein", zu deren Repertoire überwiegend Lieder von Heinz-Rudolf-Kunze, Udo Lindenberg und auch Herrmann v. Vein gehören. In Zusammenhang mit Ihrer Information teilen wir Ihnen mit, daß diese Information bestätigt werden kann und wir über dieses gemeinsame Vorhaben im Rahmen des Kirchentages in Leipzig die Abt. XX der BV Leipzig informiert hatten. Mit dem Kabarett "Götterspeise" erfolgte bereits während des Kreis Kirchentages in Naumburg ein

Dokument 70: BStU, MfS, BV Halle, OPK/OV 170/85 („Schütze“), Bl. 377

Literaturverzeichnis

1. Veröffentlichungen von Lothar Tautz zur Sache:

Kirchen und Christen in der DDR in: Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Bd. VI, 1, suhrkamp taschenbuch nomos, Baden-Baden / Frankfurt am Main, 1995

Ministerium für Staatssicherheit in: Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Bd. VIII und Bd. VI, 1, suhrkamp taschenbuch nomos, Baden-Baden / Frankfurt am Main, 1995

„Suchet der Stadt Bestes“ – aber wo? in: Die Solidarische Kirche in der DDR, BasisDruck-Verlag, Berlin, 1999

Der „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ am Beispiel der Regionalgruppe Weißenfels 1985–1989 in: Friedliche Revolution 1989–90 in Sachsen-Anhalt, Mitteldeutscher Verlag, Halle, 1999

Warte nicht auf bess're Zeiten, Lothar Tautz und Christian Radeke, Dokumentation, Mitteldeutscher Verlag, Halle, 1999

Don't Worry, Be Happy! Annette Hildebrandt und Lothar Tautz, Literarische Dokumentation, Buch und CD (Hildebrandt-Singers), Mitteldeutscher Verlag, Halle, 2000

Kirche und Politik in Sachsen-Anhalt in: Jahrbuch 2000 für Politik und Gesellschaft in Sachsen-Anhalt, Mitteldeutscher Verlag, Halle, 2000

Stationen und Alternativen im Herbst und Winter 1989/90 in: Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90, Klartext-Verlag, Essen, 2001

Friede und Gerechtigkeit heute. Das „Querfurter Papier“ – ein politisches Manifest für die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR, Reihe „Sachbeiträge“, Nr. 22, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg, 2002

„Umkehr führt weiter – Die Friedens- und Umweltbewegung in der mitteldeutschen Industrieregion“, Bitterfeld, Ausstellung und Flyer, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2003

2. weitere Quellen

Dr. Harald Schultze, Das Signal von Zeitz, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig, 1993

Freya Klier, Oskar Brüsewitz – Leben und Tod eines mutigen DDR-Pfarrers, Bürgerbüro Berlin e. V., 2004

Abkürzungsverzeichnis

Abteilung XX	Abteilung der BV, zuständig für Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund
AKSK	Arbeitskreis Solidarische Kirche
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BV	Bezirksverwaltung (für Staatssicherheit)
CDU	Christlich-Demokratische Union (der DDR), Blockpartei
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ESG	Evangelische Studentengemeinde
FDJ	Freie Deutsche Jugend
HA XX/4	Hauptabteilung des MfS, zuständig für Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund, Abteilung 4 speziell zuständig für Aufklärung, Bearbeitung und Sicherung der Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie Unterbindung von Erscheinungsformen der politischen Untergrundtätigkeit
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMK	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens, z. B. als Besitzer konspirativer Wohnungen
KIHO	(Westberliner) Kirchliche Hochschule
KPČ	Kommunistische Partei der ČSSR
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Mdl	Ministerium des Innern (der DDR)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (der DDR)
ND	Neues Deutschland
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang
PUT	Politische Untergrundtätigkeit
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (in der DDR)
VEB	Volkseigener Betrieb
WB	West-Berlin
ZMA	Zentrale Materialablage

Impressum

Lothar Tautz:

Opposition und Widerstand in der mitteldeutschen Provinz

(Reihe „Betroffene erinnern sich“, Teil 19)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 03 91 - 5 67 50 51)

Magdeburg, Oktober 2004

Layout: Nowotzin

Druck: Harz Druckerei Wernigerode GmbH